

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7830.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaßte Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 1. September 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Lebenskraft der Socialdemokratie.

Rom, 28. August.

Die Gegner der socialistischen Partei schreiten von einer Ueber-
 forschung zur andern, in Italien wie anderwärts.

Indem sie die durch die Hungersnot im Mai 1898 verursachten
 Revolten zum Vorwand nahmen, verübten in den großen und kleinen
 Gemeinden — von Mailand und Florenz bis zu den Dörfern — die
 fanatischen Reaktionen, die auch die Centralregierung durch ihre
 parlamentarische Mehrheit beherrschten, gegen die socialistische Partei
 gesetzwidrige Gewaltthaten aller Art. Sie haben uns durch Kriegs-
 gerichte verurtheilt und einsperren lassen und unsere Organisationen
 zerstört, indem sie den Belagerungszustand verhängten und die
 Wiederherstellung des ordentlichen Rechts, die im vorigen Jahre
 hätte stattfinden müssen, auf dieses Jahr verschoben.

Die Partei war wie ein vom Orkan verwüstetes Feld; und die
 Reaktionen gaben sich der täuschenden Hoffnung hin, daß eine lange
 Zeit verstreichen müßte, ehe man den Socialismus auf den Gefilden
 Italiens würde von neuem keimen und wachsen sehen. Man sagte
 sich: In Italien giebt es nur ein geringes Industrie proletariat; die
 Landbevölkerung wird leicht in die Finsternis ihrer vielhundert-
 jährigen Unwissenheit zurückfallen; und die Bürger und Handwerker,
 die in der socialistischen Partei kämpften, werden sehr rasch durch das
 Leben im Gefängnis, durch die gesetzliche Mundtotmachung und durch
 die polizeilichen Verfolgungen ermüdet.

In Wirklichkeit ist diese tolle Illusion der Reaktionen sehr
 schnell zerstört worden, viel schneller, als selbst wir es hofften. Die
 socialistische Partei Italiens hat trotz der überaus ungünstigen Be-
 dingungen, die für ihre organische Entwicklung über die bloße
 negative Unzufriedenheit hinaus hier gegeben waren, den Beweis
 einer wahrhaft großartigen Lebenskraft gegeben.

Es ist wie in der Sage von Antäus.
 Dieser Sohn des Meerergottes und der Erde war, wie in der
 gelehrigen Psychologie erzählt wird, unbesieglich, denn er erhielt
 stets neue Kräfte, wenn er die Erde berührte. Hercules konnte ihn
 besiegen, indem er ihn in die Luft hob und ihn in seinen Armen
 erstickte.

Die Reaktionen hatten einen Hercules nötig, der so stark, daß
 er die socialistische Partei in der Luft schwebend zu halten und sie
 zu erstickern vermöchte, indem er ihr jede Beziehung mit der Erde
 raubt.

Aber das ist nicht möglich und den Beweis dafür haben zu
 ihrem Schaden bereits zwei zeitgenössische Hercules der Reaktion
 geliefert: Bismarck in Deutschland und Crispi in Italien.

Denn die unbesiegbare Kraft der socialistischen Partei, das
 Geheimnis ihrer immer neu entziehenden und unverwundlichen Lebens-
 kraft besteht darin, daß der Socialismus gleich wie der Riese
 Antäus immer die Erde berührt, d. h. die wirklichen Dinge und
 das tägliche Leben! Aus den materiellen, geistigen und moralischen
 Bedürfnissen des wirklichen Lebens schöpft der Socialismus seine
 unbesiegbare Kraft. Der gewaltige Materialismus, der an die Stelle
 der unbestimmten, platonischen und subjektiven Idealisten der andern
 politischen Parteien und des utopischen Socialismus getreten, giebt
 uns Richtung und Ziel, und ermöglicht uns, daß wir stets auf der
 realen Erde bleiben.

Der flehentliche Obstruktionsfeldzug, der fast ausschließlich von
 der socialistischen Gruppe des Parlaments geführt und unterhalten
 wurde; die außerordentlich zahlreichen Wahlen socialistischer Gemeinde-
 und Provinzialräthe; die Wiederwahl der Deputierten Turati,
 de Andreis, Ciesi, die bereits von den Kriegsgerichten zu 12 Jahren
 Kerker verurteilt waren und unter dem Druck der Volksbewegung
 für die Amnestie nach 13 Monaten freigesetzt, aber vom Parlament für
 unwählbar erklärt wurden; die Freisprechung des socialistischen
 Deputierten Pescetti und anderer: das sind positive Beweise für die
 Lebenskraft der socialistischen Partei.

Dagegen hat das Ministerium Pelloni das königliche Dekret
 über die Ausnahmemaßregeln erlassen, um die verfassungsmäßigen
 Garantien für das Vereins- und Versammlungsrecht und die Presse
 zu unterdrücken. Die italienische Verwaltung hat auch bereits
 Gelegenheit gehabt, in diesen Tagen in Mailand zu erklären, daß
 dieses königliche Dekret durchaus konstitutionell und anwendbar
 wäre, denn die ausübende Gewalt, welche die Ausführung der
 Gesetze und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu über-
 wachen hat, muß die Möglichkeit haben, alle Maßregeln zu ergreifen,
 die sie zur Erreichung dieses Zweckes für notwendig hält!

Wenn es in der Verfassung heißt: „Die Weishe werden vom
 König unter Mitwirkung der Kammer und des Senates gemacht,“
 so hindere das keineswegs, daß die Zeichnung des Königs genügt,
 um das Strafgesetzbuch und das Preßgesetz zu ändern — ohne Mit-
 wirkung der Kammer und des Senates.

Es ist das Appellationsgericht von Mailand, das diese vom
 „Vorwärts“ schon erwähnten Ausführungen macht, und für die von
 der Regierung völlig abhängigen Beamten ist das nur zu — mensch-
 lich. In wenigen Wochen wird der Kassationshof diese Erklärung
 natürlich bestätigen, was gleichbedeutend mit der Unterdrückung
 des parlamentarischen Regimes ist.

Die Antwort, welche die socialistische Partei auf diese jüngste
 Geldenthat der Reaktion gegeben hat, ist die Versammlung unserer
 parlamentarischen Fraktionen gewesen, die in diesen Tagen gerade in
 Mailand stattfand, verfolgt von den Polizei-Agenten, die nicht an
 die Möglichkeit des Zusammentreffens von einem Duzend socialisti-
 scher Deputierter glauben konnten, zumal einige von ihnen
 (Prampolini, Morgari, Vissolati) noch unter Anklage stehen,
 weil sie die Abstimmungsurnen in der letzten Kammer-
 sigung fortgenommen haben, als sie in gesetzmäßiger Ab-
 wech mit Gewalt auf das gesetzwidrige Verhalten des Kammer-
 präsidenten antworteten, der sich gewaltsam der von den Ab-
 geordneten der äußersten Linken beantragten namentlichen Abstimmung
 widersetzte.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. August.

Die Geldenthat der Regierung.

Das preussische Staatsministerium hat sich nach der ebenso
 verdienten wie komischen Niederlage in der Kanalfrage so
 weit erholt, daß es von einer gewaltigen That staatsmännischer
 Weisheit und Energie befallen worden ist. Mit der Unter-
 schrift des Fürsten Hohenlohe hat die Regierung, unter dem
 31. August, folgenden Erlaß an die Oberpräsidenten gerichtet:

„Die königliche Staatsregierung hat zu ihrem lebhaften Be-
 dauern die Wahrnehmung machen müssen, daß ein Teil der
 Beamten, welchen die Vertretung der Politik Seiner Majestät des
 Königs und die Durchführung und Förderung der Maßnahmen
 der Regierung Seiner Majestät obliegt, sich dieser Pflicht
 nicht in vollem Maße bewußt ist.

Nicht nur die höhern politischen Beamten, sondern auch
 die königlichen Landräthe dürfen sich in ihrer amtlichen
 Thätigkeit nicht durch die Stimmungen ihrer Kreise und
 die Meinungen der Bevölkerung über die Maßnahmen der
 Regierung Seiner Majestät beirren lassen; sie sind berufen
 und verpflichtet, die ihnen belagerten Anschauungen derselben
 zu vertreten und die Durchführung ihrer Politik, insbesondere
 in wichtigen Fragen, zu erleichtern und das Verständnis für
 dieselben in der Bevölkerung zu erwecken und zu pflegen.

In allen Beziehungen, in welche sie durch ihre amtliche Stellung
 mit dem öffentlichen Leben gebracht werden, haben sie sich gegen-
 wärtig zu halten, daß sie die Träger der Politik der Regierung
 Seiner Majestät sind und den Standpunkt derselben weisam
 zu vertreten haben, unter keinen Umständen aber auf Grund
 ihrer persönlichen Meinungen die Aktion der Regierung zu
 erschweren berechtigt sind. Sie würden im andern Falle durch
 ihr Verhalten die Autorität der Staatsregierung schwächen,
 die Einheitlichkeit der Staatsverwaltung gefährden, ihre Kräfte
 lähmen und Verwirrung in den Gemüthern hervorrufen.

Ein solches Verhalten steht mit allen Traditionen
 der preussischen Verwaltung im Widerspruch und kann
 nicht geduldet werden.

Wir vertrauen, daß es genügen wird, die politischen Be-
 amten hierauf mit Ernst und Bestimmtheit hinzu-
 weisen, und hoffen, daß nicht wieder ein Anlaß geboten
 werden wird, weitergehende Maßregeln zu treffen.

Berlin, den 31. August 1899.

Das Staatsministerium.

Fürst zu Hohenlohe.

Diese väterlich-patriarchalische Vermahnung, die an den
 russischen Stil erinnert, ist eine klägliche Halbheit und wirkt gerade
 in ihrer Halbheit als eine kleinliche, zugleich unkluge, unnötige
 und verwerfliche Maßregel einer innerlich schwachen und des-
 halb sich stark gebordenden Regierung.

Zweierlei Möglichkeiten giebt es nur: Entweder duldet
 die Regierung überhaupt nicht, daß ihre Verwaltungsbeamten
 Politik treiben und erklärt sie für unfähig, parlamentarische
 Thätigkeit auszuüben, oder sie läßt ihnen die volle Freiheit
 der Ueberzeugung, welche die Verfassung fordert und sichert.
 Entweder räumt man mit dem Unfug politischer Beamten und
 beamteter Volksvertreter auf oder man erträgt die notwendige
 Folge: ihre Opposition im Einzelfall.

Die Riquelsche Politik der Sammlung vermag natürlich
 keine klare einseitige, grundsätzliche Meinung auszusprechen.
 Sie muß alles verwirren und vermengen, sie malt stets mit
 unreinen Mischfarben. Der Erlaß erlaubt weiter das
 Politisieren der Verwaltungsbeamten, aber — sie müssen stets
 die Meinung der jeweiligen Regierung haben. Eine ver-
 blüffend niedrige Einschätzung liegt in dieser wunderbaren
 Zumutung. So ein Landrat muß also die Fähigkeit
 haben, im Zeitalter des Sikkaturkes, wenn nötig,
 dreimal des Tages seine Ansichten zu wechseln,
 aus vollster Ueberzeugung den braven „Unterthanen“
 heute das Gegenteil von dem zu predigen, wofür er gestern
 agitiert hat, er muß jetzt für Socialreform, dann fürs Juch-
 tungs in den Gemüthern hervorgerufen werde. Nach der
 Ansicht der verehrungswürdigen Regierung bewirkt nämlich
 nichts so sehr die Gemüther, wie ein Verharren in einmal ge-
 wonnenen Ueberzeugungen. Es ist die Aufgabe eines
 korrekten Verwaltungsbeamten, möglichst viel Ueberzeugungen
 zu sammeln — Politik der Sammlung! — und je rascher er
 sie zu wechseln versteht, desto fähiger und brauchbarer ist er.

Wir sehen voraus, daß die Landräthe und Regierungspräsi-
 denten noch zusammen mit den Robjelski-Thielenschen Unter-
 beamten eine Organisation zur Wahrung ihrer sittlichen und
 staatsbürgerlichen Interessen und Rechte bilden werden.

Aber abgesehen von der moralischen Degradierung, die
 in dieser Anweisung zur gesinnungslosen Gesinnungslosigkeit
 liegt, wirkt diese Aufforderung verfassungswidrig, sobald es sich um Abgeordnete handelt. Sind der-
 artige Beamte einmal wählbar, so müssen sie alle Rechte
 haben, die den Volksvertretern eingeräumt sind. Es wäre ein
 offenkundiger Betrug, der an den Wählern verübt wird, wenn ein
 Abgeordneter, der auf ein bestimmtes Parteiprogramm gewählt ist,
 nicht dem Programm seiner Partei gemäß stimmt, sondern nach
 der Weisung der Regierung. Dann hätten wir eben nicht Volks-
 vertreter, sondern zum Parlament kommandierte Beamte. Da der
 Erlaß nicht ausspricht — was wir für das einzig Mögliche

halten —, daß Verwaltungsbeamte, wie Landräthe und
 Regierungspräsidenten, nicht wählbar sind, so liegt in der
 Forderung der Unterwerfung unter die Weisungen der je-
 weiligen Regierung eine Umgehung der Verfassung,
 eine Verfassungsverletzung, insofern, als unter dem Vorwand einer
 Wahl durchs Volk willkürliche Werkzeuge der Regierung in das
 Parlament geschmuggelt werden.

Die politische Thorheit der Kundgebung bedarf keiner
 Beleuchtung. Das Junkertum wird diese That nicht ver-
 gessen, und es ist sicher anzunehmen, daß die Verantwort-
 lichen dieses Erlasses über ihr Werk zu Falle kommen werden;
 das Junkertum wird für die nötige Strafe sorgen. Und
 darüber giebt sich doch hoffentlich die Regierung keinen
 Illusionen hin: Sie hat ihre junkerlich verpönte Beamtenchaft
 gar nicht in der Hand, und sie hat auch kein Recht darauf,
 ihren Organen die Vertretung der Regierungsmeinungen zur
 Pflicht zu machen, weil sie selbst keine feste Ueberzeugung,
 kein sicheres Ziel, keine erkennbare Richtung hat.

Ob nun der Erlaß die Ankündigung einer größeren Zahl
 von thatsächlichen Maßregelungen bedeutet, ist
 nicht ganz klar. Er könnte an sich eine jener papierernen
 Drohungen und Anklagen-Attentate sein, wie wir sie so oft
 erlebt haben. Und diese Vermutung wird bestätigt durch
 den Schlusssatz, der „weitergehende Maßnahmen“ erst im Wieder-
 holungsfalle ankündigt, nach dem Vorbild jener erzieherisch
 unfähigen Eltern, die ihre Kinder ewig damit schrecken: Daß
 du mir das nicht noch einmal thust, dann giebts Schläge.
 Die Kinder sind darüber sehr vergnügt; denn sie wissen be-
 reits, daß es immer beim nächsten Male bleibt.

Andererseits behandeln die „Berliner Politischen
 Nachrichten“ Schweinburg-Riquels die Vernehmung einer
 Anzahl politischer Beamten in den Ruhestand bereits als vollzogene
 Thatsache. Und sie verteidigen diese Handlungsweise mit der
 Versicherung, daß der Staatsregierung nichts ferner gelegen
 hat, als diese Beamten für ihre Abstimmung zur Rechens-
 schaft zu ziehen:

„Mit der verfassungsmäßig verhängten Unversolgbarkeit der
 parlamentarischen Thätigkeit hat die Maßregel
 nicht das mindeste zu thun. Sie hängt mit der
 Abstimmung nur insofern ursächlich zusammen, als diese
 der Staatsregierung den Beweis liefert, daß sie von den
 betreffenden Beamten eine so wirksame und kräftige Ver-
 tretung der Regierungspolitik nicht erwarten darf, wie sie von den
 politischen Beamten verlangt werden muß und bei der Vernehmung
 in ihr Amt vorausgesetzt worden ist. Ist somit die unerlässliche
 Voraussetzung für die den Staatsinteressen entsprechende Wahr-
 nehmung des Amtes hinsichtlich geworden, so hat die Regierung wie
 das Recht, so die Pflicht, diese Beamten aus ihrem Amte zu entlassen
 und dazu sich desjenigen Mittels zu bedienen, welches das preussische
 Staatsrecht ihr speziell für Fälle der vorliegenden Art an die Hand
 giebt. Die Vernehmung in den einstweiligen Ruhe-
 stand ist keine Disziplinarstrafe, überhaupt keine
 Strafmaßregel, sie schließt auch die Wiederanstellung
 in einem andern Amte nicht aus. Sie ist
 eine Maßregel im Interesse des Dienstes und bezweckt
 lediglich, sicher zu stellen, daß der Verwaltungsapparat
 so funktioniert, wie es im Staatsinteresse notwendig
 ist. Ohne Zweifel werden die von der Maßregel betroffenen Be-
 amten den mit einer Einkommenseinbuße verbundenen Verlust
 ihres Amtes als Uebel empfinden, allein sie werden sich über die
 möglichen Folgen einer Kollision zwischen den
 Erfordernissen ihres Amtes und der Aus-
 übung eines parlamentarischen Mandats klar
 gewesen sein, als sie sich zur Annahme einer
 Wahl zum Abgeordnetenhaus entschlossen.
 Jedenfalls können solche persönlichen Natur die Staats-
 regierung nicht abhalten, diejenigen Konsequenzen aus der Stellung-
 nahme jener Beamten zur Kanalfrage zu ziehen, welche im Interesse
 der richtigen Handhabung des Verwaltungsapparates vom Stand-
 punkte der Staatsraison zu ziehen waren. Wer die Maßregel und
 ihre Begründung unbefangenen beurteilt, wird sich sagen müssen,
 daß die Staatsregierung gar nicht anders handeln konnte, und
 daß sie in Bezug auf die Disziplinarstellung politischer Be-
 amten sich in den Grenzen des unumgänglich Notwendigen ge-
 halten hat.“

Diese Beweisführung, die man jesuitisch nennen könnte,
 wenn sie scharfsinniger wäre, wird die Konservativen, und
 zwar mit Recht, noch mehr erbittern. Daß die Verstrafung
 wegen der Abstimmung erfolgt ist, wird durch solche elenden
 Schweinbürgereien nicht aus der Welt geschwunden. Die
 Disziplinierung ist die Folge der parlamentarischen Opposition
 gegen die Kanalvorlage und das ist abermals ein unzwei-
 deutiger Verstoß gegen die Verfassung, die ausspricht, daß
 kein Abgeordneter wegen seines parlamentarischen Verhaltens
 zur Rechenschaft gezogen werden darf.

Für uns hat es ja einen gewissen Reiz halb schaden-
 froher Spannung, zu beobachten, wie sich die Konservativen in
 der ungewohnten Rolle von Märtyrern benehmen werden. Wir
 glauben aber, die eigentlichen Märtyrer dieses Erlasses
 werden seine — Urheber werden. Wir fürchten, wir werden
 keine Gelegenheit erhalten, uns der Unterdrückten — des Junker-
 tums annehmen zu brauchen. Das Ministerium Hohenlohe
 stirbt vor der Junkerschaft, und auch vor der erfüllten
 Wirkung der „erlässlichen“ Drohungen.

Die „Freisinnige Zeitung“ erinnert an die Verfügung, die der
 preussische Minister des Inneren Graf Eulenburg unter
 dem 20. Dezember 1898 an die Regierungspräsidenten und
 die demselben untergebenen Beamten erlassen hat. Es handelte
 sich damals um die Opposition der politischen Beamten
 gegen die Handelsvertragspolitik. Der Minister brachte

den bekannten kaiserlichen Erlaß, betreffend die Pflichten der Beamten, vom 4. Januar 1882 in Erinnerung, und machte dessen Beachtung wiederholt zur Pflicht. Sondern die Wirkung hat dieser Erlaß nicht gehabt. Die Landräthe sind auch nachher zum Theil Hand in Hand mit dem Bunde der Landwirthe gegangen, obwohl dieser, wie in der Kanalfrage, in scharfer Opposition gegen die Regierungspolitik stand.

Eine politische Wendung?

— Wien, 30. August.

Ganz unvorbereitet wurde die politische Welt gestern durch die Nachricht überrascht, Herr v. Chlumetzky, der gewiesene Präsident des Abgeordnetenhauses, sei nach Wien zum Kaiser berufen worden und habe dort eine lange Audienz beim Monarchen gehabt. Da mit Herrn v. Chlumetzky gleichzeitig der Staatsrath Frau ein- getreten war, so scheint es sich allen Evidenz um eine politische Verschiebung gehandelt zu haben. Der Staatsrath Braun, dessen Name dem großen Publikum ganz unbekannt ist, gilt als der lang- jährige Berater des Kaisers; neben dem Freiherrn v. Wedl, dem Chef des Generalstabes, ist er so ziemlich die einflussreichste Person bei Hofe. Er hat etwa die Rolle in den politischen Entschlüssen, die man bei Ihnen Herrn v. Lucanus zuschreibt. Welchen Zweck die Berufung Chlumetzky hatte, kann man ziemlich genau erraten, wenn man die Sachlage richtig ins Auge faßt. Daß etwa Chlumetzky der „kommende Mann“ sein könnte, ist ganz ausgeschlossen; obwohl ihn der Kaiser gleichsam als Vertreter der Deutschen ge- rufen hat, giebt es in Oesterreich kaum eine zweite Persönlichkeit, die bei der deutschen Opposition so wenig beliebt wäre wie der Mann, den man oben als ihren geistigen Führer betrachtet. Herr v. Chlumetzky, der ursprünglich Staatsanwalt-Supplent war, bekleidete in dem letzten deutschliberalen Kabinett, der Regierung Auersperg-Lasser das Amt eines Ackerbau-Ministers. Unter Taaffe war er der Führer der Opposition, bis ihn der kluge Taaffe durch die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gleichsam unschädlich machte. Von da an hatte Herr v. Chlumetzky kein anderes Ziel, als die Deutschen zu einer Regierungspartei zu machen. In Wien mit Meier hat er die jellige vereinigte Linke gestiftet, die letzte große deutsche Partei, und sein Werk ist vornehmlich die Bildung der Koalition im Jahre 1884 gewesen, die die Deutschen für eine kurze Zeit zur Regierung brachte. Die Vertheidigung bei Hofe verdankt er vorzugsweise seiner „Thätigkeit“ als Präsident des Hauses; er verstand es nämlich, vom Parlament alle Regierungsvorlagen abzurufen. Nach Auflösung des Abgeordnetenhauses im Jahre 1887 zog er sich vom politischen Leben ziemlich zurück und widmete sich mehr finanziellen Dingen. Wadent vermachte ihm die sehr einträgliche Stelle eines Präsidenten des Verwaltungsrates der Südbahn, nebst dem ist er Präsident der Versicherungsgesellschaft „Janus“, wo er noch längst eine sehr ansehnliche Summe verbräut, und in der Politik besteht seine Thätigkeit im Schachern hinter den Coulissen. Von einem Einfluß auf die Opposition kann bei Herrn v. Chlumetzky also nicht gesprochen werden; im Gegenteil, er findet eben so viel Abneigung wie er Mißtrauen weckt. Der Kaiser hat ihn einfach berufen, um einen, seiner Ansicht nach, erfahreneren Politiker über die politische Situation zu befragen. Soweit also solche Coulissenvorgänge einen politischen Schluß gestatten, kann man sagen, daß bei der Krone die Meinung besteht, wieder einmal eine Wendung zu machen, und zwar diesmal zu „Gunsten“ der Deutschen.

Ob Graf Thun noch derjenige sein wird, der den Versuch, zu einer Lösung der böhmischen Sprachenfrage zu gelangen, wiederholen wird, ist natürlich vorläufig nicht zu ersehen, wenn es auch sicher ist, daß dieser demotestischen Regierung jeder Versuch mißlingen muß. In der nächsten Woche soll der geachtete Finanzminister nach Prag kommen, um von seiner Partei die Zustimmung zu erlangen, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben werden dürfen, und man munkelt schon von allerlei Konzeptionen, die den Jungtschechen für ihre Zustimmung angeboten werden sollen. Für jeden kühnen Beurtheiler der Dinge ist es aber klar, daß die etwaigen Bemühungen, den schweren Konflikt gleichsam hinter der Szene zu lösen, scheitern müssen und scheitern werden. Ein Streit zwischen zwei Völkern, oder wenigstens zwischen beträchtlichen Schichten dieser Völker, ist durch Besprechungen und Abmachungen von ein paar politischen Drahtziehern nicht zu erledigen; da gehören ganz andere Dinge dazu, um die gesuchte Wirkung, die Beruhigung der Gemüther, zu erreichen.

Deutsches Reich.

Keine Majestätsbeleidigung!

Nachdem uns gestern seitens der dritten Ferienstraf- kammer des Landgerichts I der Bescheid geworden, daß die wegen des Demingantenverfälschung erfolgte Beschlagnahme nicht aufgehoben werden könne, erhalten wir heute von dem Ersten Staatsanwalt des Landgerichts I folgende Benachrichtigung zugesandt:

In Sachen betreffend die Beschlagnahme der Beilage zur Nr. 196 des „Vorwärts“ vom 23. August 1890 benachrichtige ich

Beim Tode Lassalles vor 35 Jahren.

II.

Lassalle selbst hatte mehrfach geäußert, als er die Erfolge seiner Agitation sah und als er gefehlt und wie ein Prophet überbeten wurde: So müsse es bei der Erlangung neuer Religionen gewesen sein. Und in der That hat die neue Bewegung mit ihrem begeisterten Lassalle-Kultus schwärmerische, aus religiöser Erinnerung geübte Dinge getrieben. Bald nach dem Tode Lassalles sang Ludwig Müller, ein zum Lassalle-Kultus bekehrter ehemaliger Arbeiter-beruflicher Gesellschafter, der dann die „Herberge der Freiheit“, das Hotel de Sage in Leipzig bewirthschaftete, das folgende, von den Arbeitern sehr angenommene Lied:

In Breslau ein Kirchhof — ein Toten im Grab —
Dort schlummert der eine, der Schwert er uns gab,
Ganz Deutschland ein Volkwerk mit Rauer und Wall,
Umfaßet vom Sterne der Arbeit, Lassalle!
Wir kennen die Schwert er, wie riefen mit dem Stern,
Schon winkten die Kränze des Sieges von fern!
Die Schwert er so schneidig, der Stern so klar:
Das sind seine Schriften, sein Bild fürwahr.
Reife soll'n sie uns gelten als Edelstein,
Sie sollen die Arbeiter-Bibel ja sein.
Schon liegt diese Bibel auf Schmel und Pant
Und glänzt in der Kirche gar frei und frank,
Und ist diese Kirche die Werkstätte nur —
Darin schwört doch jeder den heiligen Schwur:
Verlassen nie werde ich Schwert er und Stern,
Treu bleib ich der Bibel, der Kirche, dem Herrn!

Und noch sieben Jahre nach dem Tode Lassalles lesen wir in dem von Hansenleber herausgegebenen „Neuen Socialdemokrat“ im neunteilamentarischen Ton:

„Das Häuflein der Getreuen, nur durch seinen Geist geleitet, schenke nicht Hülfe und Tod, nicht Steinigung und Kreuzesmarter — die Jünger und Anhänger des herrlichen Menschen- erlösers verbreiteten seine Lehre, unabweisbar vom Geiste des Meisters, trotz aller Verfolgungen. Die Welt ist gelitert ge- worden. Der Mensch erlöser Lassalle wurde nicht aus Kreuz ge- schlagen, sondern durch die gesellschaftlichen Zustände nach den jämmerlichsten Verfolgungen zum einfachen Duelle gebracht.“

Wenn Lassalle solche schwärmerische Begeisterung erwecken konnte, bei dem gegenwärtigen man, wie die jäh herbeidringende Todesnachricht seine Anhänger treffen mußte, gleich in der Schweiz begannen die imposanten Torenreiter, die dem gefallenen Volksführer fortan in ganz Deutschland bereiteten wurden. Noch am Todestage wurde in Genf

Sie mit Rücksicht auf Ihre richterliche Vernehmung vom 26. d. M., daß ich das Verfahren eingestellt habe.

Die in Beschlag genommenen Stücke der bezeichneten Beilage werden sogleich zurückgegeben werden.

Hfenbiel,

Ober-Staatsanwalt.

Damit ist der unerhörteste Majestätsbeleidigungs-Prozess, der jemals eingeleitet worden ist, erfreulicherweise — zu Aug und Fremden des Ansehens der Justiz — aus der Welt geschafft worden. Hoffen wir, daß ähnliche, kaum glaubliche Mißgriffe künftig vermieden werden.

Es bleibt und noch übrig, als „Schöne Erinnerung“ an diesen zum Glück in der Geburt erstickten monströsen Prozeß, das gestern erwählte Altkennzeichen der Oeffentlichkeit im Wortlaut mitzutheilen; es mag hinfür in den juristischen Seminaren als ein Musterbeispiel von Jurispathologie von den Professoren ihren Studenten demonstriert werden:

Q 267/99/V, 2093. Beschluß!

In der Strafsache gegen den Redacteur Robert Schmidt zu Berlin wird die vom Vertheidiger des Beschuldigten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, gegen den Beschluß des kgl. Amtsgerichts I Abtheilung 126 vom 23. August 89 eingelegte Beschwerde zurück- gewiesen.

Gründe.

Durch den angefochtenen Beschluß ist die polizeiliche Beschlagnahme der Beilage zu Nr. 196 des „Vorwärts“ bestätigt, welche erfolgte, weil in den Anfangsworten eines darin enthaltenen Artikels: „Der größte Schuft im ganzen Land“ eine gegen den Kaiser gerichtete Beleidigung zu finden ist.

Die Beschwerde erschien unbegründet. Nach Darstellung des Beschuldigten bilden die oben wiedergegebenen Worte zwar nur einen Teil des Verses von Hoffmann v. Fallersleben:

„Der größte Schuft im ganzen Land
Das ist und bleibt der Demingant“

und ist somit die Beleidigung nur gegen denjenigen gerichtet, welcher bei dem in dem Artikel erwähnten Vorfall eine Anzeige wegen Majestätsbeleidigung erstattet hatte.

Dies war aber, wenn überhaupt, nur für denjenigen er- kennbar, der obigen Vers schon früher kannte. Wer ihn nicht kannte, mußte, da die seitgedruckten Eingangsworte des Artikels eine andere Erklärung in dem Artikel selbst nicht fanden, sie auf die in dem Artikel erwähnte Person des Kaisers beziehen.

Dannach ist der Inhalt des Artikels mindestens als objektiv strafbar zu erachten.

Aber auch der Beschuldigte ist verdächtig, sich bewusst ge- wesen zu sein, daß die Anfangsworte des Artikels von Personen, welche den Vers nicht kannten, auf den Kaiser bezogen werden konnte und wurde.

Wenn er gleichwohl die Veröffentlichung zu- lieh, so besteht der Verdacht, daß er diese Folge und somit die darin liegende Majestätsbeleidigung in seinem Willen aufgenommen hat.

Es liegt also sowohl objektiv als subjektiv der Ver- dacht eines Vergehens gegen § 95 Str.-G.-B. vor. Die Beilage des „Vorwärts“, welche beschlagnahmt ist, kann für die Unter- suchung wegen dieses Vergehens von Bedeutung sein, auch gemäß § 40 des Str.-G.-B. der Einziehung unterliegen.

Mithin war die Beschlagnahme nach § 94 Strafprozeßordnung gerechtfertigt.

Berlin, den 29. August 1890.

kgl. Landgericht I, Ferienstrafkammer 3
gez. Heindel, Löwe, Rüdenberg.

Ausgefertigt

Berlin, den 28. August 1890.

(L. S.)

gez. Köpfe, Gerichts-Schreiber des kgl. Landgerichts I, Strafkammer 5.
Der Oberstaatsanwalt hat denn doch diese Ferienstrafkammer eines dolus eventualissimus nicht anerkannt, wonach ein Redacteur haftbar gemacht wird für jede mögliche, offenkundig falsche Auf- fassung irgend eines Lesers.

Zur Buchhandlvorlage soll „Stellung genommen“ werden in einer Verammlung aller „Industriellen“, die dem Centralverbande deutscher Industrieller angehören oder nahe stehen. Die Einberufung geht von dem Direktorium des genannten Verbandes aus, das in seiner Sitzung am 28. August dem Reichstage sein allerhöchstes Mißfallen ausdrückte für die Behandlung der Buchhandlvorlage.

von einem „Komitee deutscher Republikaner“ durch Placatanschläge zur Trauerfeier eingeladen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Bürger des Genf! Republikaner!
In der Mitte seiner Kraft, inmitten eines großartigen Wirkens für das Wohl der Menschheit, verstarb heute früh Ferdinand Lassalle, der Stolz Deutschlands, die Hoffnung des Vaterlandes und der deutschen Republikaner, eines unmarterlichen Todes, das Opfer der unabhälligen Juristen, die jemals von verdorbenen Personen mit einem edlen großen Mann geteilt wurde.“

Die Leiche Lassalles sollte, wie schon erwähnt, in den Gemeinden des Vereins ausgestellt werden. Doch gelang diese Absicht nur an einigen Orten, wie in Frankfurt auf dem Main-Rektor-Vorhof und in Mainz. Die andern Gemeinden mußten sich begnügen, ihre Totenfeiern ohne den Leichnam selbst zu veranstalten. In Berlin hielt der Zweigverein, der damals nicht mehr wie 35 Mitglieder be- saß, am Montag den 5. September eine Versammlung ab, in der eine Gedächtnisrede auf Lassalle gehalten wurde. In Leipzig fand die erste Trauerfeier am 6. im Kolonnenplatz. Groß- artig und würdevoll soll die unmittelbar nach dem Tode in Han- burg veranstaltete Gedächtnisfeier gewesen sein, wie denn Hamburg immer in der vorbesten Linie der Vereinsorganisation gestanden hatte, während in Berlin anfangs fast nicht vorwärts zu kommen war.

Doch die von Lassalle angeregte Arbeiterbewegung nahm gerade nach seinem Tode einen bedeutenden Aufschwung. Schon im Dezember 1884 konnte in Berlin von J. B. v. Schweitzer der jungen Bewegung ein Blatt gegründet werden: „Der Socialdemo- krat“, während man sich bis dahin mit einem kleinen in Hamburg erscheinenden Blättchen „Der Nordstern“ kümmerlich genug hatte behelfen müssen.

Wie ja die Bewegung ganz im Lassalle'schen Geiste fortgeleitet wurde, so war auch der erste Artikel des Blattes dem toten Meister gewidmet.

Ihr Arbeiter — so lesen wir da — die Ihr unter Kummer und Not, unter Sorge und Kränklichkeit durch das Leben geht, Ihr ge- suchteste Männer der Arbeit, für deren unvergängliche Rechte der Dabingegangene den weithin tönenden Ruf erhob und um deren willen er Lüge und Verleumdung, Haß und Verfolgung tragen mußte, — Ihr, Männer der Arbeit, werdet nie vergessen, was Ferdinand Lassalle Euch war. Aber nicht die thatenlose Euhmndart darf es sein, die an seinem Grabe trauert; tief, tief in Eurer Seele senke sich jener glühende Ingrimm, der Wache heißt für erlittene Unbill, und das Emblem, das über dieses Grab ge- hört, ist die geballte Faust!

Und in der Arbeiterschaft drängte die unersöthliche Lassalle- verehrung zu einem auch äußerlich erkennbaren Symbol. Noch auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Ende Dezember 1884 in Düsseldorf tagte, wurde die dauernde Einrichtung einer Lassalle-Feier beschlossen, die jedes Jah-

Die Braunschweigische Landesrechtspartei nahm an ihrem Parteitage in Holzminde am Sonntag folgende Resolution an:

„Die Landesrechtspartei steht in der Zukunft auf der Seite eines Ausnahmegerichtes und bekämpft dieselbe in Konsequenz ihres Rechtsstandpunktes. Die Partei ist grundsätzlich gegen jede Verkümmern des gemeinen Rechts, da sie festhält an dem in den Verfassungen gewährleisteten gleichen Rechte für alle.“

Es handelt sich hier um eine Kundgebung jener Großdeutsch- Gesinnten, welche die dynastische preussische Revolution von 1866 nicht anerkennen.

Eine Sühne. Vor der Strafkammer in Chemnitz in Sachsen stand der Genosse A. Reichelt unter der Anklage der Beleidigung eines Dresdener Gerichts. Er hatte ein Gedicht verlegt, das, von einem Arbeiter verfaßt, der Erbitterung über das Urteil des Dresdener Schwurgerichts gegen die Löttauer Bauarbeiter Ausdruck gab. In diesem Gedicht soll den Dresdener Richtern Parteilichkeit und Rechtsbeugung vorgeworfen sein durch eine Wendung, in der die Bekämpfung gefunden wurde, daß die Richter Arbeiter mit schwereren Strafen belegten wie andre.

Das Gericht verurtheilte Reichelt zu einem Monat Gefängnis mit der Begründung, daß er „der deutschen Rechtspflege thatsächlich den Vorwurf der Parteilichkeit und den Dresdener Richtern den Vor- wurf der Parteilichkeit gemacht habe.“

In diesem die angebliche Beleidigung der deutschen Rechtspflege sühnenden Urteile kann auch das Dresdener Oberlandesgericht als ein Teil dieser Rechtspflege einigen Trost finden für die Anschauungen Berliner Gerichts.

Die Alldeutschen, ursprünglich eine Vereins-Erfindung des Hänge-Karl, genannt Dr. Peters, haben in Hamburg getagt. Der Verband soll jetzt 20010 Mitglieder haben; wie hoch darunter der Prozentjah der Unmündigen ist, wird nicht enthüllt. Man plauderte erst über die städtische Gefahr und trieb dann Flottenvermehrung. Die Regierung wurde angegriffen, daß sie nicht schon jetzt über den Flottenplan hinausginge. In einer Resolution wurde die beschleunigte Durchführung des Flottenplanes von 1898 verlangt. Na- türlich begeisterte man sich auf für Voeren — eine für Transvaal recht kompromittierende Sympathiebekundung.

An der Spitze der Kultur marschieren die Kriegervereine. In Riederlahnstein hat es große Mißstimmung erregt, daß der dortige Kriegerverein bei allen Umzügen die erste Stelle beansprucht, während die übrigen Vereine je nach dem Charakter des Festes auch anderen Vereinen den Vortritt überlassen wollten. Dieser Mißstimmung ist dem Vorstände des preussischen Landes-Kriegerverbandes vorgezogen worden, und dieser hat kürzlich folgende Entscheidung getroffen:

„Nach Ansicht des unterzeichneten Vorstandes ist es ganz selbst- verständlich, daß bei derartigen Feiern beziehungsweise Umzügen den Kriegervereinen der Vortritt vor allen übrigen Vereinen gebührt. Abgesehen von dem Zweck unserer Vereine, führen sie mit befürdlicher Erlaubnis den preussischen Adler in ihren Fahnen, und es scheint mit der Würde des Symbols und der ihm gebührenden Achtung nicht vereinbar, ihm die Fahnen von sportlichen und Vergnügungsvereinen, welcher Natur sie auch sein mögen, vorzugeben zu lassen.“

Die der Mensch erst beim Baron, so fängt eben der Verein erst beim Kriegerverein an — vorausgesetzt, daß er nicht etwa social- demokratisch insiziert ist. Uebrigens: wie steht es nun mit den feudalen Korps, deren Mitglieder höchste Pflichten sind, müssen diese Vergnügungsvereine auch hinter den Krieger marschieren.

Das Mißlingen der Zunftorganisation giebt den einseitigen Schwärmern für die Zunftorganisation Anlaß zu mannigfaltigen Betrachtungen über die Ursache des kläglichen Ausganges ihrer Hei- lmission für das Handwerk. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat eine neue Entdeckung gemacht, sie erblickt die Ursache des Mißerfolges in dem Fehlen des Befähigungsnachweises. Denn, so argumentiert sie, da es an dem Befähigungsnachweis fehlt, komme eine große Zahl von Handwerkern in die Zünfte, die ihr rechtmäßig gar nicht an- gehören könnten.

Diese Annahme ist vollkommen richtig. Gerade die seiner Zeit von der Regierung angeordnete Enquete über das Handwerk in Preußen hat das Resultat ergeben, daß 98 Procent aller Hand- werksmeister eine regelrechte Lehr- und Gesellenzeit durchgemacht. Man kann wohl mit Recht folgern, daß unter diesen Handwerks- meistern nur wenige den Befähigungsnachweis nicht erbringen könnten. Dagegen dürfte die Zahl der nur kaufmännisch gebildeten Leiter in der Großindustrie erheblich höher einzuschätzen sein.

Wenn aber das Blatt sich darüber aufhält, daß heute, die heute das Handwerk nicht mehr ausüben, Mitglieder einer Zunftorganisation werden können, so möchten wir daran erinnern, daß gerade auf Wunsch der konservativen Zunftorganisationen im Reichstage die Bestimmung im Gesetz über die Zünfte, die ausdrücklich eine solche Mitgliedschaft ehemaliger Meister zuließ.

Der Befähigungsnachweis ändert nichts an der Zusammensetzung der Zunft. Vielleicht denkt die „Deutsche Tageszeitung“ einmal darüber nach, ob nicht die Handwerksmeister ihre oft ausgesprochene Drohung, sie

am 31. August in allen Gemeinden des Vereins stattfinden sollte. Die Lassalle-Feiern, die noch heute die Genossen in den einzelnen deutschen Städten vereinen, bilden also auf eine fünfundsiebzigjährige Geschichte herab.

Die Agitation der Lassalleaner hatte im Jahre nach Lassalles Tode ungemene Erfolge gehabt, und zur ersten Gedächtnisfeier am 31. August 1886 konnte der „Socialdemokrat“ schreiben:

„Wenn einen Augenblick der tote Führer zum Leben erwachen könnte und er fragte uns: Das stolze Werk, das vor Deutschland und Europa mit meinem Namen verknüpft ist, wie habt Ihr es fortgeführt, wie werdet Ihr es vollenden? — welche Antworten hätten wir auf solche Frage?“

Seien wir nicht müde gegen uns selbst! Wer ist unter uns, der von sich sagen könnte, daß er jederzeit recht und richtig gehandelt, daß er niemals diesen oder jenen Fehler begangen? Keiner vielleicht!

Aber dennoch dürfen wir heute stolz unser Haupt erheben; denn hätten wir, alles in allem, nicht rechtlich gestrebt und wader gekämpft — wie stände dieser große Arbeiterverein in stroyender Kraft, mit vergeblicher Arbeit, mit vergeblicher Arbeit?

Nachher und rascher in diesem verflochtenen Jahre ist unser Verein gewachsen, unter Sturm und Drang, wie an Zahl, so an Klarheit der Erkenntnis und an Festigkeit des Willens.“

Fast in allen Gemeinden des Vereins waren große Gedächtnis- feiern veranstaltet und vielfach bedeutende Aufwendungen gemacht worden, um die Feier glanzvoll zu gestalten. Von einer Feier in Berlin wird uns diesem ersten Jahre nichts berichtet. In Leipzig fand sie im Hotel de Sage statt, in Dresden im Saale der Central- halle, in Frankfurt im großen Harmoniesaal, in Altona im Englischen Garten. Tübingen in Herbolz machte bekannt, daß die Feier in Gagen stattfinden und daß bei genügender Beteiligung ein Extrazug mit ermäßigten Preisen dorthin gehen werde.

Wohl am prächtigsten war die erste Lassallefeier in Hamburg ausgerichtet. Sie fand am 9. September im großen Saal des Conventgartens statt. Der Saal war mit schwarzem Flor in ein Trauergewand gekleidet. Auf dieser Feier erhaltete zum erstenmal des jungen Andock „Arbeiter-Marschall“:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
In unsrer Fahne steht zu Daut:
Wenn auch die Lüge uns noch unmachtet,
Wald steigt der Wogen hell heraus!
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
Nacklos ist unsrer Feinde Schar:
Doch ob wie Flammen die Gefahr
Wid' über uns zusammenlagern:
Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!
Der kühnen Bahn nur folgen wir,
Die uns geföhrt Lassalle!

würden zur Sozialdemokratie übergehen, teilweise wahr gemacht haben. Dann dürfte sie auch die Ursache der Mißerfolge ihrer gegenwärtigen Zünftsorganisation erkennen.

Katholische Arbeitervereine. Der Kaiser hat dem katholischen deutschen Arbeiterverein in Jerusalem sein Bild geschenkt. Ein Franziskanerpater ist Vorsitzender des Vereins. —

Die Ausbeutung der läppischen Schmuhschriften gegen die Sozialdemokratie findet nun selbst die „Deutsche Tageszeitung“ kompromittierend. Sie schreibt — im Anschluß an das gestern von uns erwähnte Heferische Madwert: —

Der Inhalt der ganzen Flugschriften ist unbedeutend und wertlos. Mit solchen Flugschriften wird unseres Erachtens nichts erreicht. Man sollte auf ihre Empfehlung grundsätzlich verzichten. Es macht an und für sich keinen guten Eindruck, wenn ein Abtrünniger das Wort ergreift, um die früheren Genossen zu beschuldigen; wenn er aber so wenig zu sagen hat, wie in diesem Falle, dann hätte er lieber schweigen sollen. Es giebt wahrhaftig andere, schärfere und einwandfreie Waffen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Der Nutzen solcher Flugschriften ist höchst fraglich.

Ausland.

Transvaalkrisis.

In den Verhandlungen Englands mit dem Transvaal-Staat findet ein fortwährendes Auf und Ab statt, das alle Berechnungen täuscht. Es herrscht das launischste politische Aprilwetter. Eben noch dunkel umwölkt, beginnt plötzlich der politische Horizont sich etwas aufzuklären, um dann im nächsten Augenblick noch bewölkt zu erscheinen, wie zuvor. Heute ist wieder die Aussicht auf Erhaltung des Friedens etwas glänziger. Chamberlain hat sich nun doch zu einer Antwort auf die Gegenanschläge der Südafrikanischen Republik bequemt. Wie „Reuters Bureau“ meldet, hat der englische diplomatische Agent Greene heute dieselbe dem Staatssekretär des Transvaalstaates, Mr. Reitz, überreicht, worauf dieser dann mit Greene konferierte. Später wurde Chamberlains Antwort von der Transvaal-Regierung und dem ausführenden Rat einer längeren Erörterung unterzogen.

Zu welchen Ergebnissen die Beratungen geführt haben, verlautet nicht, und ebensowenig ist bekannt geworden, wie die Chamberlainsche Antwort lautet. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureau“ schlägt sie eine zweite, in Kapstadt abzuhaltende Konferenz vor, auf der die Einsetzung des von Transvaal vorgeschlagenen Schiedsgerichtshofes für die Regelung künftiger Schwierigkeiten erörtert und alle gegenwärtig noch strittigen Fragen geregelt werden sollen; indes sind alle diese Angaben mit Vorbehalt aufzunehmen.

Die einseitige Parteinahme Portugals für England, wie sie in dem Verbot jeglicher Waffenexporte durch portugiesisches Gebiet nach Transvaal zum Ausdruck gekommen ist, ließ von vornherein darauf schließen, daß zwischen England und Portugal geheime Abmachungen bestehen. Jetzt wird das Vorhandensein eines solchen Vertrages seitens des „Seculo“ bestätigt. Er erklärt, von durchaus unrichtiger Seite aus London die Nachricht erhalten zu haben, daß das zwischen England und Portugal getroffene Abkommen bezüglich der Delagoa-Bucht und der Stellung Portugals im Falle eines südafrikanischen Krieges an demselben Tage veröffentlicht werden soll, an welchem die Kriegserklärung Englands erfolgen würde. —

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Lourenco Marques gemeldet, daß zwei Polizeibeamten von Transvaal, die heute morgen dort angekommen sind, sofort verhaftet wurden. —

Ostreich-Ungarn.

Die sozialistischen und deutsch-nationalen Kundgebungen gegen den herabgesetzten § 14 wukten in Nordböhmen kein Ende nehmen. Auch gestern wieder fanden in mehreren Ortschaften lebhafteste Demonstrationen statt. In Hohenelbe wurden dem Bezirkshauptmann die Pfeiler eingeschlagen. Zwei Kompanien Militär wurden dahin entsendet. In Kraun wurden Fenster im tschechischen Vereinsbause zertrümmert. Nach Komotau wurde eine Kompanie Grenadiere aus Theresienstadt geschickt. Deutsche Gendarmen sind aus Niederösterreich nach Nordböhmen entsendet, um die tschechischen Gendarmen abzulösen. —

Der Kommissar Rott von der Großhager Bezirkshauptmannschaft, dessen brutales Vorgehen die Reheleien in Graslitz zu danken sind, entfloh nach Klingenthal im Vogtlande. Kaum war die Flucht Rotts bekannt geworden, so führten Radfahrer ihm nach, um ihn zu lynchen. Er hatte jedoch bereits zu großen Vorsprung. Militärabteilungen streifen bis zur Grenze. —

Belgien.

Der Kampf für das gleiche Stimmrecht. Das Komitee des Generalrats der sozialistischen Arbeiterpartei hat zu heute (Donnerstag) abend 9 Uhr eine Versammlung des Generalrats nach dem „Collagebau“ einberufen, in welcher die Einzelheiten des geplanten Feldzuges zu Gunsten des allgemeinen gleichen Stimmrechts beraten

Das Lied, das seitdem millionenmal aus deutschen Arbeiterkreisen erklingen ist.

Das Programm der Feier in Hamburg lautete: Trauermarsch von Schubert. Grablied: „Wie sie so sanft ruhen“. Rede des Bevollmächtigten Herrn A. Berl. Overtüre zur Oper „Johes in Kegyten“ von Mendel. Gesang: „Deutschland“ von Abt. Rede des Herrn Dr. Eduard Krüger. „Der sterbende Erlöser“ von Haydn. Die Eintracht“ von Mozart. Rede des Herrn Seebien. „Arbeiterlied“ (Melodie Marcellais) von Kuboff. Zum Schluß allgemeiner Gesang nach der Melodie „Ein feste Burg ist unser Gott“.

Die erste Strophe dieses bei Vassalle-Feiern und sonstigen Arbeiterfesten danach häufig gesungenen Choral lautet:

Ein feste Burg ist unser Bund,
Wie ihn Vassalle geschaffen;
Er wurzelt fest auf Festen Grund,
Im Sturm ein sicher Hafen.
Du auch die Woge braust,
Drob keinem von uns graust;
Hoch, hoch das Schlachtpanier,
Darunter kämpfen wir
Für uns're Menschenrechte!

Die Vassalle-Feiern“ sind seitdem zu einer ständigen Einrichtung geworden, und erst in neuerer Zeit hat sie das Arbeiterkaffe etwas in den Hintergrund gedrängt.

Wir wollen hier nur noch berichten, was wir über die erste Vassalle-Feier in Berlin ermitteln konnten. Sie war vom „Sozialdemokratischen Arbeiterverein“ veranstaltet und fand am Montag, den 3. September 1906 im „Kaisergarten“, Alte Jakobstr. 120, statt. Herr Heinrich Koller sprach einen von ihm gedichteten Prolog. Die Festrede hielt Herr Schilling. Sodann entspann sich folgende große Diskussion über die Gründe, warum sich die Arbeiter nur in so geringer Zahl an den Vereinen beteiligen. Unter den Diskussionsrednern finden wir die Namen Richter, Saumann, Preuß, Knoblauch, Vogel, Koller, Reimann. Zum Schluß machte Herr Saumann Mitteilungen aus der Praxis des Berliner Leichen-Fuhrwezens. Das paßte allerdings nicht besonders zu einer Trauerfeier und gab den Hamburgern Gelegenheit, sich über diese Art der Berliner Vassalle-Feier im „Sozialdemokrat“ zu mokieren.

Von den alten Mitgliedern des Vereins aus jener Zeit wissen wir gegenwärtig nur noch vier in Berlin am Leben: Heinrich Koller, Friedrich Stephan, Theodor Meyner und Wilhelm Dieblich.

werden sollen. Wie gemeldet wird, soll die belgische Regierung entschlossen sein, eventuell den von der Arbeiterpartei beabsichtigten Demonstrationen mit Gewalt entgegenzutreten. Es fand zu diesem Zweck bereits eine Besprechung des Kriegsministers mit den kommandierenden Generalen der fünf Militärbezirke statt. —

Schweden.

Weitere schwedische Wahlergebnisse. Es wird und geschrieben: Der große Wahltag mit seinen 30 Wahlen ist im ganzen für die Linke über Erwarten gut ausgefallen. Besonders triumphiert man, daß in Hof in Westergötland ein Ereraktionär mit drei Stimmen Minorität unterlegen ist. Auch in Westergötland wurde ein Ereraktionär von einem gemäßigt Liberalen verdrängt, ebenso ein Wahlstift in Ostergötland und in Uppland. Die Linke hat in Jemtland all ihre schwer bedrohten Plätze behalten, so in den beiden Oesterlund-Distrikten. In Schonen sind zwei Liberale, zwei von der Vermittlungspartei und zwei Gemäßigt-Konservative gewählt. In Wörmland ein Gemäßigt-Liberaler. In Söderhamm-Distrikt unterlag der Arbeiterlandidat mit 479 Stimmen gegen den Konservativen mit 626. In Hernösand (Angermantland) sind zwei Volksparteiler, wie bisher gewählt. In Uppland ist der Reaktionär durch einen Vermittlungspolitiker verdrängt; in Karlstad siegte ein Links-liberaler. Auch die Wahlen der folgenden Tage verraten denselben Zug nach links. In Oester götland ist in Västorp an Stelle eines zu den Konservativen übergegangenem Gemäßigt-Liberalen ein entschiedener Liberaler gewählt. In Roxöping ist ebenfalls ein Ueberläufer durchgefallen und ein Volksparteiler gewählt. In Karlsland und Westergötland haben Liberale gesiegt. — Außerdem findet auch in der konservativen Partei eine gewisse Verschiebung statt, indem mehr Moderate und weniger Reaktionäre gewählt werden. —

Serbien.

Zum Attentatsprozeß. Nach den neuesten Meldungen aus Belgrad sollen die Verhandlungen im Attentatsprozeße zu Belgrad deshalb aufgeschoben sein, weil der Attentäter Anzeigewisch erklärt, er wolle die ihm abgerungenen Aussagen widerrufen. Auch Professor Jovan Rujowitsch, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, wurde aufgefordert, Serbien zu verlassen.

Amerika.

Eine Proklamation Mac Kinleys an das kubanische Volk wurde gestern, wie telegraphisch gemeldet wird, in Havana veröffentlicht, in welcher eine allgemeine Volkszählung und Vermögens-einschätzung angeordnet wird, als erster Schritt zum Zwecke der Selbstverwaltung auf Kuba.

Die Proklamation ist als Einleitung zu einer späteren zu betrachten, in welcher Kuba seine Unabhängigkeit unter der Protection der Vereinigten Staaten verkündet werden soll. Wie die Verfassung Kubas beschaffen sein und unter welchen Bedingungen sie gewährt werden soll, darüber herrscht unter den maßgebenden republikanischen Politikern noch völlige Meinungsverschiedenheit. Soweit sich beurteilen läßt, handelt es sich für die Leiter der republikanischen Partei hauptsächlich darum, die Kubaner dem jetzt am Ruder befindlichen Regiment günstig zu stimmen und zugleich den Filipinos vor Augen zu führen, daß Onel Sam sein Wort wirklich einlöset und also die Philippiner auf ihre Unabhängigkeit rechnen können, wenn sie sich hübsch und gehorsam unter die amerikanischen Befehle beugen. —

Asien.

Wißhandlung eines Deutschen in Beirut. Der „Mölnischen Zeitung“ geht eine Zuschrift aus Beirut zu, wonach Gewaltthaten und Mordanschläge seitens der Mohammedaner gegen die Christen zunehmen. Der Inhaber eines deutschen Handelsbause wurde von drei türkischen Gendarmen überfallen, seiner goldenen Uhrkette beraubt und alsdann unter unangenehmen Umständen zur Polizeiwache geschleppt, wo er mit vollständig zerfetzten Kleidern alsbald freigelassen, sein Pferd aber zurückgehalten wurde. Auf das energische Einschreiten des deutschen Konsuls wurde letzteres zurückgegeben, die Uhrkette blieb verschunden. Der Wißhandelte mußte mehrere Tage das Bett hüten, er leidet heute noch an den Nachwehen. Das türkische Konsulat hat sich der Sache energisch angenommen und fordert die Bestrafung der Schuldigen.

13. Parteitag der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

2. Verhandlungstag.

Genosse Retvedt eröffnet die Versammlung um 9 Uhr vormittags und verliest die zahlreich eingelaufenen Glückwunschtelegramme. Hierauf erhält Genosse Eddard Olsen das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung über Volksversicherungen. Redner erläutert die bestehenden Versicherungsgeetze in Deutschland und in Dänemark und schildert besonders die Kämpfe der deutschen Genossen um Verbesserung dieser Geseze. Es sei hier bemerkt, daß Norwegen bis jetzt nur ein Unfallversicherungs-Gesetz hat. Daß aber Kranken- und Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz bisher gänzlich fehlen. Es ist aber jetzt Aussicht vorhanden, daß das dringend notwendige Kranken-Versicherungsgeetz baldigt vom Storting erledigt wird.

Hierauf spricht Dr. Rissen über die Tuberkulose, wozu folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Der Parteitag fordert das Storting auf, schon in dieser Eing-periode die notwendigen Mittel zur Erbauung und Erhaltung von Sanatorien zu bewilligen und den Schwindsüchtigen Aufnahme und Pflege gratis an Staatskosten zu geben.

In der Rodmittagspause referierte Genosse Zeppesen über event. Zusammengehen mit der demokratischen Linken und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Im Einverständnis mit der langjährigen Parteifraktion und früheren Parteitag-Verfassungen spricht sich die norwegische Arbeiterpartei auch fernerhin für Zusammengehen bei Wahlen etc. mit den demokratischen Parteien aus.

In Sachen der Einwanderungsfrage wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Ueber die Erd- und Landarbeiterfrage referierte Genosse Anders Jensen-Pohund.

Die Frauenfrage behandelt ausführlich Frau Thnäs-Christiana. Da hierzu vier Resolutionen vorliegen, wird ein Redaktionskomitee ernannt und wird morgen über die Resolution abgestimmt werden.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage. Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise Leipzig hielten am Dienstag ihre Parteiversammlung ab. Rosa Luxemburg hielt das Referat, das sich nach dem Berichte der „Leipziger Volkszeitung“ ausschließlich mit den Fragen der Parteifaktit beschäftigte. In Beziehung auf die sogenannte Verelendungs-theorie sagte die Rednerin:

Da erklärt nun Vernstein: Eure ganze bisherige Tätigkeit beruht auf der Annahme einer zunehmenden Verelendung, es bedarf aber in Wirklichkeit gar nicht des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems, es kann vielmehr eine Verbesserung der Lage der Arbeiter schon heute erreicht werden. Wo aber hat denn je ein Sozialdemokrat gefaßt, wo steht denn in unseren Schriften, daß die Sozialdemokratie ihre Hoffnung zur Erreichung ihrer Ziele auf immer größer werdende Verelendung der Massen setzt? Im Gegenteil ist es seit jeher Meinung der Partei, daß dort, wo keine genügende Ernährung geboten, wo nicht die Möglichkeit der Weiterbildung des arbeitenden Volkes vorhanden ist, der Boden nicht für die Sozialdemokratie, sondern bloß für den Anarchismus ist. Wenn verstanden wir denn den Arbeitersang, wenn verstanden wir denn das ganze bisherige Sozialreform? Der Sozialdemokratie, die immer auf die Forderung der Lage der Arbeiter hingewirkt hat. Das war immer so und Vernstein sagt die Un-wahrheit, wenn er davon spricht, wir hätten uns in dieser Beziehung gemauert. Was von der Sozialdemokratie als Grundlage ihrer Tätigkeit betrachtet worden ist, ist nicht das absolute Gieud des Volkes, sondern das ist der zunehmende Abstand zwischen der

Lebenslage der besitzenden Klassen und der der Ausbeuteten, zwischen dem Leben des Volkes und dem wirklichen Kulturleben, zwischen dem, was der Arbeiter vom gesellschaftlichen Reichtum bekommt und der Produktivität seiner Arbeit. Während unter dem kapitalistischen System für die Arbeiter nur geringe Verbesserungen zu erreichen sind, verbessert sich hundertfach stärker die Lebenslage der Bourgeoisie. Die Lage der Arbeiter kann und muß sich heben, aber nichtsdestoweniger wird der Unterschied zwischen den beiden Klassen der Kapitalisten und der Arbeiter immer größer. Und die Sozialdemokratie stützt sich nicht auf die Unzufriedenheit des hungerigen Tiermenschen, sondern auf die Unzufriedenheit des vorwärtsstrebenden Kulturmenschen.

Zur Frage der Demokratie und des Klassenkampfes äußerte sie: Vernstein vertritt auch die Ansicht, daß die Demokratie in der Lage sei, der Klassenherrschaft ein Ende zu machen, ja daß Demokratie schon prinzipiell Aufhebung der Klassenherrschaft sei. Aber gerade unter der Demokratie haben sich die Klassenherrschaft und die Klassen-gegenjäre nur schärfer entwickelt. Wo treten beispielsweise die Klassengegenjäre schärfer und klarer zu Tage: im absolutistischen Rußland oder in dem konstitutionellen Deutschland?

Deshalb gerade ist die Demokratie so unentbehrlich für uns, nicht weil sie den Klassenkampf aufhebt, sondern weil sie dem Volke ermächtigt, den Klassenkampf zu führen und zu Ende zu führen.

Die Diskussion über den Vortrag war nur kurz und unbedeutend. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Parteiverammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin Genossin Dr. Rosa Luxemburg einverstanden. Sie erklärt sich für eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Parteitag in Hannover mit dem Opportunismus in Theorie und Praxis eine gründliche Abrechnung hält. Die Parteiverammlung erwartet von dem Parteitag eine entschiedene Stellungnahme, die der opportunistischen Taktik und Auffassung einen Riegel vorschiebt. Die Versammlung erblickt in der proletarisch-revolutionären Taktik die einzige Gewähr des Fortschrittes und des endlichen Sieges der Arbeiterklasse, deren Endziel die Eroberung der politischen Macht und die Zertrümmerung der Soziallaverei ist. —

In einer Parteiverammlung in Frankfurt a. M. referierte Zielowski über den Parteitag. Er sprach sich, wenn auch nicht besonders bestimmt, doch im Sinne Vernsteins aus und billigte besonders das bayrische Landtagswahl-Material. In der Diskussion sprachen die Genossen Trompeter, Elbert, Habicht und teilweise auch Dejung gegen Vernstein, Diener und Sphow für ihn. Auf Beschluß der Versammlung soll der Parteivorstand ersucht werden, zu Webers Referat einen Korreferenten zu bestellen.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen nahm eine Parteiver-sammlung in Rehschau Stellung. Der Referent Genosse Eichhorn aus Dresden empfahl energisches Eintreten in die Wahlkollation. Die Diskussion war eine lebhaftige; haben sich die genannten Orte bei früheren Gelegenheiten ja wiederholt gegen eine Wahlbeteiligung ausgesprochen. Eine Anzahl Redner erklärten, prinzipiell auch noch gegen die Beteiligung zu sein, doch müßte so viel Disziplin unter den Genossen herrschen, um die Beschlüsse der Landesversammlung für Beteiligung durchzuführen. Schließlich wurde denn auch ein Antrag auf Nichtbeteiligung gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Totenliste der Partei. In Kitzingen wurde am Sonntag ein braver Parteigenosse, der 60 Jahre alte Schieferdeckermeister Brömmel unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen beerdigt. Er hat namentlich in den sechziger und anfangs der achtziger Jahre in Nürnberg fleißig gearbeitet und sein redlich Teil zu der erstmaligen Wahl des verstorbenen Grillenberger beigetragen.

In Rennes.

Nachdem die geheime Sitzung am Donnerstag um 9 Uhr beendet war, wird die öffentliche eine halbe Stunde später eröffnet.

Gleich bei Beginn derselben erscheint

Hauptmann Lebrun-Renault.

Im Publikum giebt sich eine sichtliche Bewegung kund. Der Zeuge greift den Gerichtshof militärisch und legt hastig sein Käppi auf den Tisch.

Präsident Jonauk ersucht ihn, seine Begegnung mit Drehsus in der Militärskule an dem Tage der Degradierung des letzteren zu erzählen. Der Zeuge berichtet darüber in der bekannten Weise, ohne etwas Neues vorzubringen.

Lebrun-Renault berichtet insbesondere über die wohlbelannte, Drehsus zugeordnete Aeußerung: Der Minister wußte, wenn ich Schriftstücke an Deutschland geliefert habe, daß dieselben bedeutungslos waren; es geschah dies, um dagegen wichtiger zu erhalten. Zeuge erzählt, daß Hauptmann d'Attel in diesem Augenblick zugegen war und diese Aeußerung hörte und berichtet dann weiter über bekannte Vorgänge, namentlich seine Unterhaltungen mit Kerevee und aktiven Offizieren und im Offiziersklub, in deren Verlauf er die Worte von Drehsus wiederholt habe. Zeuge geht alsdann auf seine Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Republik über, dem er auseinanderzusetzen habe, daß er nicht direkt mit Journalisten gesprochen habe. Der Präsident habe ihm Kortwürde gemacht, aber man habe von Geständnissen nicht gesprochen. Du Path de Flam habe dann eine Note referiert, des Inhalts, daß er (Lebrun) keinerlei Beziehung zur Presse hatte.

Auf Verlangen eines Mitglieds des Kriegsgerichts erklärt Lebrun-Renault, er erinnere sich nicht, ob Drehsus zu ihm gefaßt habe, die gelieferten Schriftstücke wären nur Kopien gewesen. Sodann berichtet der Zeuge, daß General Mercier zu ihm gefaßt habe, er solle ins Exil gehen und dort die Geständnisse mitteilen. Im Exil habe man ihm jedoch keine Zeit gelassen, über den Gegenstand zu sprechen. Der Präsident der Republik schien sich übrigens mehr zu beschäftigen mit einigen Worten von Drehsus betreffend die Handchrift des Vorderaus, welche ein Blatt veröffentlicht hatte. Der Präsident habe gewußt, weshalb er, Zeuge, zu ihm kam. Er, Lebrun-Renault, sei, bevor er zu dem Präsidenten eintrat, eingeschüchert gewesen, weil er von unfremdlichen Worten desselben über ihn Kenntnis erhalten hatte. Das sei nicht gerade ermutigend gewesen.

Auf eine Frage des Verteidigers Demange erklärt Lebrun-Renault, Drehsus allein habe gesprochen, er, Zeuge, habe ihm nicht geantwortet.

Sodann richtet Demange noch an den Zeugen die Frage, wie er in den Worten des Drehsus, mit denen er seine Unschuld beteuerte, Geständnisse habe erblicken können. Lebrun-Renault erwidert, er habe nicht den Widerspruch aufzuklären mit dem Sage, in welchem man das Faktum von der Auslieferung von Dokumenten erblicke. Er habe nur die Worte ohne Erläuterung seinerseits wiederholt.

Als Demange ihn fragt, ob er die Worte des Drehsus als Geständnis ansah, lehnt Lebrun-Renault die Beantwortung dieser Frage ab und sagt, er habe keinerlei Meinung darüber. Er habe kein Protokoll abgefaßt, weil er den Auftrag gehabt hätte, Drehsus zu führen und nicht, ihn zum Sprechen zu bringen. (Bewegung im Saale.)

Auf eine Frage Demange's, welcher darauf hinweist, Lebrun habe vor dem Assationshofe erklärt, er betrachte die Nebenart des Drehsus als eine Erklärung, mit der er sich entschuldigen wolle, erwiderte der Zeuge, er habe keine Aufklärungen über eine persönliche Meinung zu geben.

Als Labori hervorhebt, daß sich auf dem dienstlichen Rapport Lebruns keine Bemerkung bezüglich der Geständnisse des Drehsus befand, wiederholte Lebrun-Renault, daß er ja Drehsus nur zu führen hatte.

Als Labori darauf sein Erstaunen darüber ausdrückt, daß der Zeuge das Blatt seines Kottizbuches zerstört habe am Tage nachdem man in der Kammer davon gesprochen hatte, erklärt Lebrun-Renault, er halte die von Cabaignac genommene Abschrift für authentisch.

Auf eine Frage Laboris erklärt Lebrun, er wisse nicht, wer im Exil sich unglücklich über ihn geäußert habe.

Dreyfus erklärt auf die Frage, ob er hierzu etwas zu bemerken habe, er sei mit Lebrun-Renault allein gewesen, der Kapitän d'Attel sei nicht in den Saal gekommen, in welchem er sich befand. Lebrun hält seine Behauptung aufrecht. Dreyfus erwidert, jedenfalls sei es sicher, daß er an d'Attel nicht das Wort gerichtet habe. Dreyfus fügt hinzu, er habe dem Kriegsgericht bereits erklärt, daß die von ihm gesprochenen Worte sich auf die Schritte bezogen, welche von Seiten du Pathy bei ihm versucht worden waren. Schließlich drückt Dreyfus sein Entsetzen darüber aus, daß Lebrun-Renault seine (Dreyfus) Äußerungen den Vorgesetzten hinterbracht habe, ohne von ihm Aufklärung über dieselben zu verlangen; es sei das eine Handlungsweise, der gegenüber alle anständigen Leute nur ihrer Enttäuschung Ausdruck geben könnten. (Anhaltende Bewegung.)

Der nächste Zeuge, Hauptmann Anthoine, sagt aus, er sei unmittelbar nach der Degradation dem Hauptmann d'Attel begegnet. Dieser habe ihm die Geständnisse des Dreyfus mitgeteilt.

Dreyfus bleibt dabei, nur zu Lebrun-Renault gesprochen zu haben.

Lebrun-Renault giebt das zu mit dem Hinzufügen, der Saal sei klein gewesen, und Hauptmann d'Attel habe die Worte des Dreyfus gehört.

Oberst Guérin, welcher den Auftrag hatte, der Degradation beizuwohnen, sagt aus, Lebrun-Renault habe ihm die Geständnisse des Dreyfus mitgeteilt und sodann vor einer Gruppe von Offizieren seine Mitteilung wiederholt.

Guérin erklärt weiter, daß Dreyfus, als er nach seiner Degradation sich nach dem Jellenswiese begab, bei einer Gruppe von Offizieren vorüberkam und diesen sagte, daß man ihm in drei Jahren Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Zeuge habe sich dann zum General Sausser begeben und diesem mündlich über die Zwischenfälle an jenem Morgen und die Erklärungen Lebrun-Renaults Bericht erstattet.

Auf eine Frage des Vorsitzenden antwortet Dreyfus, daß er nichts weiter zu sagen habe.

Major Mitty macht Mitteilungen über die Unterredung, die er mit dem Hauptmann Anthoine hatte. Aus dieser Unterredung geht hervor, daß die Geständnisse des Dreyfus in der Hauptsache darauf hinaus liefen, daß er unwichtige Dokumente ausgeliefert habe, um sich andere zu verschaffen.

Der Kontrolleur Peyrolles sagt aus, Oberst Guérin habe ihm nach der Degradation erklärt, daß Dreyfus zu Lebrun-Renault Geständnisse gemacht habe. Der Zeuge erzählt weiter, er habe Lebrun-Renault, als er ihn gelegentlich des Jola-Prozesses traf, gefragt, warum er über die Geständnisse nicht an Dupuy und Casimir Perier Bericht erstattet habe. Lebrun-Renault habe ihm geantwortet, er habe dies in einer Anwendung von Furcht unterlassen. Er habe nämlich, als er im Elisee im Vorzimmer wartete, gehört, wie im Nebenzimmer jemand geflüstert habe: „Was ist das für ein Genarm, der sein Amtsgeheimnis verleiht.“ Derartige Indiskretionen könnten ihm teuer zu stehen kommen.

Dreyfus erklärt, er habe niemals gesagt, sein Prozeß werde in drei Jahren revidiert werden, er bittet den Präsidenten, die Briefe zu lesen, die er an General Voisidre geschrieben habe, damit man sehe, in welchen Ausdrücken er darum bat, daß man nachforschungen anstellen möchte. Bezüglich des Zeitraums von drei Jahren äußert sich Dreyfus dahin, er habe du Pathy gesagt, die Regierung werde Zeit gebrauchen, um die nötigen nachforschungen anzustellen und vor dem Ablauf von zwei oder drei Jahren werde man von seiner Unschuld überzeugt sein.

Major Forzineti sagt aus, er habe, als er Dreyfus in dem ihm unterstellten Gefängnis war, immer den Eindruck gehabt, daß er unschuldig sei und habe diese seine Ansicht Voisidre mitgeteilt. Forzineti erzählt sodann, daß du Pathy ihn aufforderte, Dreyfus während des Schlafes mit einer Blendlaterne zu überraschen. Major Forzineti schildert die Verweigerung des Dreyfus und seine Absicht, sich das Leben zu nehmen.

Dreyfus giebt zu, nach der Degradation die Absicht gehabt zu haben, Selbstmord zu begehen. Wenn er im Stande gewesen sei, die Qualen zu ertragen, so danke er das seiner Gattin, welche ihn zu der Einsicht brachte, daß das seine Pflicht sei und daß er es müsse. (Bewegung im Zuschauerraum.)

General Voisidre bekräftigt es, daß Forzineti ihm seine Ueberzeugung von der Unschuld Dreyfus ausgesprochen habe.

Es wird sodann die Aussage Forzinetis vor dem Kassationshof über das Verhalten von Dreyfus im Gefängnis verlesen. Forzineti hält seine damalige Aussage aufrecht.

Darauf wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Noch ein deutsches Dementi. Bronsart v. Schellendorf, der frühere Kriegsminister, erklärt in der „Kreuz-Ztg.“ folgende aus Marienhof in Medlenburg vom 30. August datierte Erklärung: „Aus der erst heute in meine Hände gelangten Nummer 237 des „Figaro“ vom 25. August d. J. erhebe ich, daß in der „Libre Parole“ vom 24. d. M. Herr Albert Monnot seinen Lesern ein in englischer Sprache geführtes Interview mitgeteilt hat, bei welchem ich gesagt haben soll, Hauptmann Dreyfus sei schuldig, er wäre ein Schurke und Spion. (Ho is a rascal and a spy.) Diese Erzählung beruht mit allen ihren weiteren Zusätzen auf freier Erfindung, die um so plumper ist, als ich englisch überhaupt nicht spreche.“

Die Verschwörung gegen die Republik.

Bei zwei jungen Royalisten in Paris fanden Hausdurchsuchungen statt, die sehr kompromittierende Schriftstücke zu Tage förderten. Die beiden Royalisten, deren Namen man verschweigt, sind vorläufig noch auf freiem Fuß gelassen worden. In einem Hotel fanden bei zwei Mitgliedern der antisemitischen Jugend aus Caen Hausdurchsuchungen statt; es wurde ein Protokoll ausgenommen. Wahrscheinlich werden neue Vorführungsbefehle erlassen werden, jedoch werden dieselben, um Indiskretionen zu vermeiden, mit Umgehung der Polizeipräfektur direkt an die Beschlusshilfen gerichtet werden. Der Präsident des Senats Fallières ist in Paris eingetroffen, um mit der Regierung über die Einberufung des Staatsgerichtshofes zu beraten. Aus Havre wird gemeldet, daß in den Drudereien der Antisemiten- und Nationalistenblätter „Courrier du Havre“ und „Tocsin Normand“ Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sind.

In der Feste Guérin zu Paris wird Wassermangel immer fühlbarer. Als es am Mittwochnachmittag zu regnen begann, erschienen Guérin und Genossen mit Reigen und Eimern auf dem Dache, um Regenwasser aufzufangen. Der Regen hörte jedoch nach einer Viertelstunde auf, und die Belagerten zogen sich mit halbleeren Gefäßen zurück. Sie graben jetzt im Keller, um das Wasserleitungsbüchse zu entdecken.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Steinarbeiterstreik vor dem Einigungsamte.

Zur Vorverhandlung in Sachen des Steinarbeiterstreiks trat am Donnerstagvormittag das Einigungsamt des Gewerbegerichts zusammen. Als Beisitzer fungierten für die Arbeiter Rörksen und A. n. o. 11, für die Unternehmer Bildhauer, Kretschmer und Fabrikant R. a. s. Als erster Verhandlungsgegenstand wurde die Frage der Billigkeit des Tarifs festgesetzt. Steinmeyer Schmidt erklärte, der Tarif sei mit dem Jahre 1893 abgelaufen und habe seine Billigkeit verloren, weil die Lohnkommission, welche über dessen Fortdauer mit den Meistern verhandeln sollte, von diesen nicht anerkannt worden sei. Die Unternehmer mußten, nach einigem Zögern, dies zugeben und begründeten die Ablehnung damit, es habe sich um einen bei einem Nichtstimmungsbesitzer beschäftigten Gesellen gehandelt. Im übrigen beriefen sie sich zur Begründung des angeblichen Kontraktbruchs und der von ihnen beaupteten Fortdauer des Tarifs auf das Zeugnis des Altgerichten Verkauf, der zur

Stelle war und sofort vernommen wurde. Er bestritt entschieden, eine Verkaufung gethan zu haben, als Bestätigung der Gültigkeit des Tarifs angelegt werden könne, und wurde in seiner Aussage von anderen Zeugen unterstützt. Bedeutungsvoller war der Hinweis auf einen vor dem Gewerbegericht im Mai dieses Jahres zum Austrag gelangten Streitfall, bei dem der Kläger, ein Steinmetz Richter, gegen die belagerte Firma Gebr. Zeidler ein obliegendes Erkenntnis erzielte, wobei er sich bezüglich seiner Forderungen auf den Tarif stützte. Der Vorsitzende bestätigte den Fall aus den Akten des Gewerbegerichts. Nach mehrstündiger Beratung erklärte das Gericht den vielumstrittenen Lohnsatz für gültig bis zum 1. März 1900, wobei jedoch ausdrücklich angegeben wurde, daß eine regelrechte Verlängerung der Tarifdauer nicht stattgefunden habe, die Arbeiter mithin formell zu der Ansicht berechtigt waren, daß zur Zeit kein rechtsgültiger Tarif bestände. Auf der Basis des Tarifs könnte jedoch weiter verhandelt werden. Steinarbeiter Schmidt begründete hierauf die Forderungen: Abschaffung der Accorarbeit, Einführung des Minimallohnes von 70 Pf. pro Stunde, der Stündigen an Stelle der 8 1/2 Stündigen Arbeitszeit und machte eine Beilegung des Bunzlauer Streiks zur Voraussetzung einer Einigung in Berlin. Die Innungsmeister erklärten durch ihren Obermeister auf eine Abschaffung der Accorarbeiten unter keinen Umständen eingehen zu können, bezüglich einer Lohnaufbesserung seien sie jedoch zu weiteren Verhandlungen bereit. Ebenso würden sie die achtstündige Arbeitszeit anerkennen, mit den Ausständigen in Bunzlau wollten sie gesondert verhandeln.

Der Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes lautete dahin: 1. Die Unternehmer verpflichten sich, mit den Arbeitern (Gesellen- und Lehrlinge) bereits anfangs nächster Woche über einen neuen Lohnsatz in Beratung zu treten, der vom 1. März nächsten Jahres ab Geltung haben soll. Diese Verhandlungen sollen so beschleunigt werden, daß der Tarif spätestens innerhalb 14 Tagen festgesetzt ist. Falls Streitigkeiten über einzelne Punkte entstehen, verpflichten sich beide Parteien, innerhalb 24 Stunden das Gewerbegericht anzurufen. 2. Schon jetzt wird festgesetzt, daß vom 1. März 1900 ab die Arbeitszeit vom 1. März bis 1. November 8 Stunden, vom 1. November bis 28. Februar nur 7 1/2 Stunden betragen soll. Ueberstunden und Nachtarbeit bleiben der freien Vereinbarung überlassen. 3. Bei Lohnarbeit beträgt der Mindeststundenlohn 70 Pf. 4. Maßregelungen finden nicht statt. 5. Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald die Unternehmer sich mit den streikenden Steinmetzen in Bunzlau, Breslau usw. geeinigt haben werden. Die Arbeit soll dann sofort wieder aufgenommen werden. Die Unternehmer erklären sich bereit, den Vorschlag zu acceptieren, während sich die Vertreter der Arbeiter zur Beratung zurückzogen, deren Ergebnis zunächst die Ablehnung des Einigungs-vorschlages ist. Die Verhandlungen werden daraufhin abgebrochen und zu Sonnabend 11 Uhr ein neuer Termin angesetzt.

Die Postkutscher und Expeditionsarbeiter beschließen in der

Verammlung am Mittwoch, bei allen Firmen, die die mit der Kommission der Speditoren vereinbarten Forderungen nicht bewilligen, am Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Sämtlichen Firmen wurden demgemäß gestern früh die Forderungen vorgelegt und von allen außer den Firmen Förster, Rütimann u. Co., Brenzlauerstraße 19, und André u. Willering, Lausitzerstraße, bewilligt. Bei diesen beiden Firmen legten sämtliche beschäftigten Kutsher die Arbeit nieder. Wir erjuchen alle Arbeiter, dies zu beachten. Die Lohnkommission.

An die Putzer Berlins und der Vororte! Kollegen!

Als wir im Jahre 1896 in die Lohnbewegung traten, war unsere erste Aufgabe, die Mißstände in unserem Gewerbe zu beseitigen, unter welchen die Kollegen seit langem zu leiden hatten. In den drei Jahren haben wir unser redliches gethan, um nur einigermaßen aus diesem Wirrwarr zu kommen. Viele der im Jahre 1896 fest zur Fahne gestandenen Kollegen waren seitdem mutlos geworden, so daß man meinte, mit den Putzern ist nichts anzufangen. Dem ist aber nicht so, denn als in diesem Frühjahr unter den Putzern zum Sammeln geblieben wurde, da traten fast ohne Ausnahme alle wieder in die Reihen der kämpfenden Kollegen, und die geplante Verkürzung der Arbeitszeit wurde fast allgemein durchgeführt. Die Stellung, die die Putzer bei der Auspierung unserer Kollegen, der Maurer, eingenommen haben, beweist, daß sie sich eins fühlen mit allen denen, die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen gewillt sind. Als unsere Kollegen, die Maurer, einen ehrbaren Frieden mit den Arbeitgebern geschlossen, trat auch an uns die Frage heran, ob es nicht möglich sei, mit den Arbeitgebern auf dem Wege der Vereinbarung für eine bestimmte Zeit feste Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen. Die örtliche Verwaltung der Organisation suchte die Sache in die Wege zu leiten, leider hatten wir uns in dem Entgegenkommen unserer Arbeitgeber getäuscht. In der Sitzung der Vertreter der Putzer mit den Vertretern des Arbeitgeberbundes waren die letzteren zu keinem Zugeständnisse zu bewegen. Die Generalversammlung der Arbeitgeber hat nun die Forderung der Putzer als unannehmbar abgelehnt. Kollegen! Das bedeutet, daß die Putzer sich auf Gnade und Ungnade den Unternehmern unterwerfen sollen. Dies kann und darf nicht geschehen, sondern wir haben uns auf einen ersten Kampf vorzubereiten. In der Versammlung, die am Montag, den 4. September, vormittags 10 Uhr in Stechers Festsaal, Andreasstr. 21, stattfindet, soll über die geeigneten Maßnahmen beraten werden. Kollegen! Agitiert für den Besuch der Versammlung, mahnt die Kollegen an ihre Pflicht. Die Lohnkommission.

Achtung, Riffenmacher! Die Sperre in der Fabrik von Ein-

sporn ist aufgehoben und der Streik bei Boigt, Köpnickstraße, ist beendet. Leider ist er zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen. Gleichzeitig fordere ich die Kollegen auf, die noch mit dem Streikfonds im Rückstand sind, denselben so schnell wie möglich zu begleichen. Der Zahlabend befindet sich wie früher Dreslauerstr. 28, jeden Montagabend von 8-10 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Klempner und Installateure in Köln haben beschlossen, wegen der Verweigerung ihrer Forderungen am 1. September die Arbeit niederzulegen. Die reisenden Kollegen werden also Köln meiden.

Ausland.

Der vierte schwedische Tabakarbeiter-Kongress ist in der letzten Woche in Göteborg abgehalten worden. Es waren 29 Vertreter anwesend, von denen vier aus Norwegen und einer aus Dänemark gesandt war. Die Mitgliederzahl ist von 700 (1894) bis auf 1457 1. Januar 1899 gestiegen. Der dänische Vertreter gab eine Darstellung der Verhältnisse in Dänemark, wo die Tabakarbeiter eine sehr starke Organisation haben. In Norwegen dagegen sind die Organisationsverhältnisse noch sehr weit zurück. Es wurden im übrigen Resolutionen mit Forderungen in der Frage des Minimallohnes und des Lehrlingsverhältnisses angenommen. Auch sollen an die Unternehmer Anträge über Samierung der Arbeitslokale gestellt werden. Ferner wurde dem Verbandsvorstand aufgetragen, mit den andern skandinavischen Verbänden behufs Begründung eines skandinavischen Verbandes in Verbindung zu treten.

Ueber eine Sympathiebewegung für die dänischen Aus-

gesperrten berichtet man uns aus Bergen, den 27. August 1899: Der heutige Sonntag gab in gleicher Weise ein anschauliches Bild von dem errenlichen Geistes der hiesigen sozialistischen Bewegung wie von dem ausgeprägten Solidaritätsgefühl unserer Partei. Für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks wurde hier eine großartige Demonstration veranstaltet. Ein Zug der sämtliche hiesigen sozialdemokratischen Arbeiter- und Gewerkschaftsvereinigungen umfasste, bewegte sich mit den meist roten Bannern und Gewerkschaftsfahnen unter Vorantritt eines Musikkorps, das die Marschmusik anstimmte, durch die Straßen der Stadt Bergen. Alle Branchen waren vertreten; im Sonnenlicht glänzten die goldenen Abzeichen der Maschinenbauer, Maler, Maurer, Schiffer, Drucker, Hafenarbeiter etc. Eine Fahne trug die weithin sichtbare Aufschrift: Freiheit der Koalition! Auf einem der größten und schönsten Plätze der Stadt war ein weiterer Raum durch eine

Barriere abgegrenzt, in deren Mitte eine Rednertribüne errichtet war. Davor wehte eine riesige Fahne, rot, mit der goldenen Aufschrift: Proletariat! alle Lando forner eder! Unter starkem Andrang des Publikums nahm dort der Zug nach Beendigung seines Umzuges Platz, die Fahnen sammelten sich um die Tribüne und unter freiem Himmel sprachen zwei Redner über die dänischen Vorgänge und wiesen auf die Sympathien hin, die den dänischen Genossen von der Socialdemokratie aller Länder entgegengebracht werden. Die Reden klangen in einem vielstimmigen begeisterten Hurra auf die dänischen Väter aus.

An die Bantistiker in Kopenhagen sind bis zum 24. August fol-

gende Beiträge durch Kollegen Jepsen eingesandt worden: Welcommet in der Werkstätte von Kimmel u. Friedrichsen, Poststraße, 75.-; Gebrüder Schläge, Brandenburgerstraße, 30.50. Dim, Rødenbergstraße, 35.-; Dammasch u. Schröder, Rindögade, 20.-; Heidekamp u. Røder, Alte Jakobstraße, 70.-; Grün u. Dettwila, Hårbringerstraße, 22.-; Piano-fabrik Schweden, Kochstraße, 34.05. Hof-Piano-fabrik Dupuis, Friedrichstraße (durch Brigg), 20.75; Stenosa, Bålværkstraße, 24.85; durch Schuhmacher Hermann Andersen, Wålfærst. 14, 174.15; Westhoff König 7.55; Westhoff Schröder 6.95.

Die Werkstätten, die hier nicht angegeben sind, werden später bekannt gemacht werden.

Mit vielen kleineren Beiträgen, deren Ursprung und nicht bekannt ist, haben wir 911.35 R. erhalten, wofür dankend quittiert wird, um fernere Unterstützung bittend.

Der Fachverein der Bantistiker in Kopenhagen.

G. Petersen, 1. Vorsitzender.

Für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks gingen bei der

Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Alte Cigarrenfabrik 5.-; Schuhfabrik von Jakob, 5. Rate 14.80. Möbel-fabrik von J. C. Pflaß, außer großem und kleinem Reichthum 16.20. Möbel-fabrik Müller, Schützenallee 10.45. Geburtstagsfeier, Brunnenstraße 60.45. Tischlerei von Reihner, Langestraße 6.10. Möbel-fabrik von Gebr. Reutlich, Langestraße, außer einem 15.00. Tischlerei von Weinlaub, Fruchtstraße, 4. Rate 14.50. Buchdruckerei von Hansen u. Sogler, 2. Rate 10.90. Tischlerei von Steiner, Brüderstraße 3.50. Piano-fabrik von Böcker, Landbergerstraße, 3. Rate 7.50. Bildhauer von Rimmel 12.-. 4. Bildhauer Schustermeister 2.-. Tischlerei von Jørgensen 5.-. Tischlerei von Keller, Königsbergerstraße, 8.30. Arb. v. Bølgstom, Rindögade, 9.75. Bauwerk des Vened. Grottenbauers, Charlottenburg 4.75. Tisch-fabrik v. Richter, Rindögadevorstraße, 4. Rate 13.25. 8 Kollegen v. Rindögade u. Co. 8.85. W. Hübner, 8.80. Arbeiter d. Firma H. Sauer, Reanberstraße, 2. Rate 12.65. Tischlerei: Hennig, Weinstraße, 7.-. Tischlerei v. Sautz, Rindögadevorstr. 26, 21.75. Bildhauer d. Splinter 34.65. Schneidewerkstatt v. G. Hoffmann 10.-. Tischlerei Bach u. Kopitz, Königsbergerstraße, 13.70. Buchbinderei J. Sittensfeld 9.35. Tischlerei von Böcker, Bildhauerstraße, 10.-. Tischlerei Stern, Seltzer u. Co., 6. Rate 6.80. Personal Janitzschenski, 6. Rate 4.45. Arbeiter d. Schlosserei R. Rasmussen, Alte Jakobstr., 8.-. Tischlerei v. Wærstoft u. Taut, Cuvrstraße außer Maschinenraum und einem Tischler 12.-. Möbel-fabrik von Ulbrich, Fruchtstraße, 4.25. Sämtl. Arbeiter d. Möbel-fabrik Hülstedt, Rindögade u. Co., 7. Rate 48.65. Leses u. Diskussionsklub der Freunde 10.-. Uebernahme einer Kreuzpartie d. 628. Bezirks 6.05. J. C. Pflaß, Saal I 11.90. Tischlerei F. Berndt, Peterburgerstraße, 3. Rate 11.30. Tischlerei v. hauer 2.-. Perl. d. Buchbinderei Greve, 5. Rate 9.-. Tischlerei von Scherer, Blumenstraße 3.50. Pausenkolonie Central-Nord, Kamerun 15.-. Tischlerei v. Sautz, Hallandsstraße 9.70. Tischlerei v. Remington, Schloß u. Co., 1. Rate 9.85. Tischlerei Tøndmann, Kærstraße, darunter 1 R. v. Pflaß 15.50. Ein Arbeiter v. Goolitz, Simonstraße 3.-. Bierpro-z. u. freiwillige Samml. d. R. Schulz u. Co., Elstedt-Ufer 16.50. Tischler u. 2 Kollegen von W. Grell, Boedstraße, 6.75. Vergütete Chemiker bei Hilmst 5.-. Möbel-poliierer von Rimmel, Frankfurter Allee, 26.70. Piano-fabrik von Otto, 6. Rate, 14.05. Tischlerei von Vuchke u. Wolf 5.-. Jehu Kollegen der Piano-fabrik von G. Siemert 5.20. Maschinenfabrik von Hallik u. Wolkow 8.15. Piano-fabrik Cuvrstraße, mit Ausschluß eines Dänen und anderer, d. Müller, 7.10. Tischlerei Puhle, Kopenhagen, 6.15. Tischlerei A. Meyer, Dredergerstraße, außer zwei, 2. Rate, 11.-. Piano-fabrik von Weichlein, Grünauerstraße, 4. Rate, 40.65. Möbel-fabrik v. H. Voigt, Alte Jakobstraße, 4. Rate, 17.50. Tischlerei v. Röhner u. Co., Diefenstraße 10.70. Grunefelt, Weihensee, 3.50. Schneidewerkst. v. Haslan u. Riech 5.95. Orenmaurer d. Gosensaal II Charlottenburg 7.05. Tischlerei v. Krus, Widenowstraße 13.40. Möbel-fabrik von Hall, 2. Rate 3.90. Sattler d. H. Riebel 22.45. 50 R. 15.35. Defateure d. Raach 45.90. Rote Preßstühle, Grunefelt Rummelsburg 2.-. Piano-mechanik-fabrik v. Köhler, Grefswalderstraße 34.15. D. Stein, darunter Tischlerei Courtois (11.80) 15.95. Wälderstr. 4.65. Cementierer, Hallische 4 Berlin 29.50. Glas-schleifer d. Ventel 15.35. Arbeiter v. Weich u. Co., Maschinenfabrik, Weihensee 21.50. Hand-schleifschiff, total, d. Hübner 45.40. Bildhauer v. Anauer 4.20. Buchdruckerei v. Schirmer, 3. Rate 10.-. Tischlerei v. Jahnstom, Dranienstraße 6.30. Tischlerei Herold, Fruchtstr., 4. Rate 7.05. Piano-mechanik-fabrik v. G. Beng u. Co. 10.40. Tischlerei v. Riedling, Waldemarstr. 8.80. Organisierte Gutmacher 50.-. Von Mitglieder der Central-Krankenkasse der Tischler, Weihensee 75.-. Arbeiterinnen von J. Schreier, Dollmannstr. 6.40. Durch Rielsen 14.80. Arbeiter der Lade-Schuhfabrik, Rindögade u. Co., mit Bierprozentgen (4.20) 10.-. Vertrauensmann Rent, Weihensee 25.80. Bau Röhmer, Hagerbergstraße 11.50. Durch Christensen 21.70. Stodarbeiter d. Kau v. Westfale Jammers-Schmidt 6.05. Reglaff 5.95. Lambert 4.-. Giers 6.25. Kuerbach 4.20. Gembick 9.20. zusammen 35.65. Spiegelrahmen-fabrik v. Reher, Manteuffelstr. 15.05. D. Roholdt und Villander 15.45. Parteitischbuchbinder von G. Schramm, Charlottenburg 12.-. Piano-fabrik von P. Schmidt, Königsbergerstr. 10.70. Charlotten-fabrik von Hamann, Neue Friedrichstraße 6.40. - Stromm, Rindögade 6.-. Drechserei von Pape, Hallandsstraße 3.15. Tagelöhner der Werkstatt Hoffmann 10.-. Reine 5.-. Tischlerei Rasmussen-allee 10.35. Stillbergstr. 1.-. Aus Bayerns schwarzeherzogthum 5.-. Buchdruckerei G. Ullas Erben 5.40. Arbeiter aus Grünau, 2. Rate 5.-. R. Kräger, Schneidewerkst. 2.50. Von den Värdern der Kolonie Alt-Berlin 13.55. Maschinenfabrik von O. Springer, Weihensee 4.-. Tischlerei Ohnd 11.15. Tischlerei v. Oden, Brunnenstr., 4. Rate 7.45. Tischlerei Böcker, Rindögade 5.20. Werkzeug-Abteilung S. u. R. 9.-. Tischlerei von Cuelb 6.10. Tagelöhner von Hort, Streifmar u. R. 4. Rate 16.-. Piano-fabrik von Veismann, Königsbergerstraße 22.55. Tischlerei von Köhler u. Schwab 4. Rate 22.10. Amerik. Kattion d. Volantierer 3.30. Heringseisen i. Nordenstr. 2.-. Von Handbinder d. G. Otto 3.25. Gefangenenverein Neue Zeit d. Rohde 10.-. Möbel-fabrik von Böcker, Rindögade 6.95. G. R. 10.-. Von Offenburger Socialdemokraten, die nicht in einer Gewerkschaft sind, 30.-. Verein d. Wälderinnen Berlin 20.-. Tischlerei von Wolf, Waldemarstraße, 2. Rate 7.05. Gefangenenverein Nordstadt 100.-. Arbeiter der Cigarrenfabrik A. Riech, Berlin-Charlottenburg 2.55. Bergarbeiter Berlin durch den Vertrauensmann 55.70. Tischlerei Stein, Gr. Frankfurterstraße, 8. Rate 7.50. Werkstatt A. Heider 3.50. Piano-fabrik von H. Herzh, Jochenstraße 4.95. Hain Hand-schuhmacher u. der Wirt, Hoch- und Weihensee 5.30. Tischlerei v. Hollmann, Rindögadevorstraße 7.40. Drei Möbel-fabrik v. H. u. Co. 3.50. v. Vager und u. Strofer, 7. Rate 4.-. Steinbruder und Lithographen der Hiesige I Berlin 50.05. Wainsee der Gefangenenverein „Frühe Stunde“, Hötterstr. und Quartierverein „Septime“, 2. und Schlussrate 78.75.

Weitere Beiträge werden im Berliner Gewerkschaftsbureau, Kammstr. 16, I, vormittags 10-1 Uhr, nachmittags 6-8 Uhr entgegen genommen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 31. August. (B. H.) Dem „Deutsch-Volkblatt“ zufolge erhob der deutsche Botschafter bei der österreichischen Regierung Beschwerde, weil einige deutsche Teilnehmer an der Versammlung des katholischen Universitätsvereins von Klagenfurter Demonstranten mißhandelt wurden.

Wien, 31. August. (B. H.) Hier geht das Gerücht, daß der Militärattaché Oberst Schneider nicht mehr auf seinen Posten in Paris zurückkehren werde.

Brag, 31. August. (B. H.) Von czechischen Wäldern werden die Gerüchte über Aufhebung der Sprachenverordnungen als unfinnig bezeichnet, da Graf Hum, so lange Dr. Rajsl als Repräsentant der Czachen dem Kabinett angehöre, so etwas nicht wagen werde.

Paris, 31. August. (B. H.) Der Prozeß gegen Jola und die „Aurore“ ist am 28. November vor dem Schwurgericht von Versailles anberaumt worden.

Brüssel, 31. August. (B. L. B.) Die Repräsentantenkammer lehnte mit 59 gegen 31 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen ab, eine Revision der Verfassung, welche die Vorlegung eines Gesetzentwurfs des allgemeinen Stimmrechts zugelassen hätte, in Erwägung zu ziehen.

Cyprus, 30. August. (B. L. B.) Hier sind heute ein Erkrankungsfall an der Pest und ein Todesfall vorgekommen.

New York, 31. August. (B. L. B.) Der Generalgouverneur von Cuba ordnete die Freilassung von Jimenez an. Einem Telegramm aus Santo Domingo zufolge ist Präsident Figueroa zurückgetreten. Die Minister bleiben im Amte, bis eine provisorische Regierung gebildet ist.

Stimmungsbilder von der „Affaire“.

Ueber die Montags-Sitzung, dem Tag der Zeugen Oberst Cordier und des früheren Kriegsminister und Ministerpräsidenten de Freycinet schreibt unser Berichterstatter aus Rennes unterm 29. August.

Seine eröffnet Oberstleutnant Cordier das Feuer. Als höherer Offizier, der früher dem Kriegsministerium und Nachrichtenbureau zugeteilt war, weiß er sehr viel über die Verhältnisse der Fälscher, deren Opfer er übrigens auch selbst war, zu erzählen.

Der Oberstleutnant Cordier wurde seit langem von der nationalistischen Presse als alter ein wenig zum Trinken geneigter Weichling dargestellt. Für die munteren Patrioten, die in Frankreich für die Bewachung der Fahne und der Ehre der Armee zu sorgen haben, mußte dieser Offizier, der sich erlaubte, Dreifus für unschuldig zu halten, natürlich anständig sein.

Mit Neugier wurde daher der Oberstleutnant Cordier erwartet. Wahrhaftig, ich glaube, daß die Fälscher des Generalstabes, als er ihre Mißbräuche und Niederträchtigkeiten ans Licht zog, ihn nicht so schwammig gefunden haben dürften, wie man es in den nationalistischen Blättern behauptet hatte.

Zuerst lärtete uns der Oberstleutnant Cordier darüber auf, was man im Generalstab unter dem „gewöhnlichen Weg“ versteht, und weiter über die Art und Weise, wie gewisse Dokumente an den Generalstab gelangten.

Einer unserer Agenten, derselbe, der das Vordereau lieferte, war sehr vertraut mit der Dienerschaft auf der deutschen Botschaft, und konnte sich infolge dessen die Dokumente geben lassen, die in den Bureaus herumlagen und die man stellen konnte, sowie auch zerrissene und zerstückte Briefe, die man in den Papierkorb warf.

Dieser Agent war intelligent und übergab die Papiere dem Generalstab erst, nachdem er die Papiere sorgfältig gesichtet hatte, wobei er die, denen gar keine Bedeutung zukam, fortwarf. Die zerrissenen Stücke liebt er selbst zusammen. Wenn er die Sortieren und die Wiederherstellung der Briefe noch nicht beendet hatte, bevor er sich aufs Nachrichtenbureau begab, so führte er diese Arbeit selbst in den Bureaus des Ministeriums aus.

Auch wurde noch einmal bewiesen, daß es dem Oberst Genry, dem Vizepräsidenten der Obersten, absolut unmöglich gewesen war, das Vordereau, das fälschlich Dreifus zugeschrieben wurde, verschwinden zu lassen. Ebenso wurden noch einmal die Zeugnisse des Kommandanten Leuz und der Frau Genry, die beschnitten hatten, das — übrigens gar nicht zerrissene — Vordereau sei von Genry wieder zusammengeklebt worden, als falsch erwiesen.

Der Oberstleutnant Cordier erzählt dann dem Kriegsgerichtsrater mit gleicher Einfachheit von seiner Unruhe wegen der Zusammenkunft in Basel, die ich schon einmal erwähnt habe. Er wundert sich, daß man dort unter dem Vorwand, der deutsche Agent Richard Cuers verstände kein Französisch, nur deutsch gesprochen habe. Der Oberstleutnant Cordier hält diese Geschichte für ungenau. Richard Cuers, sagt er, ist für deutsche Rechnung Spion in Paris gewesen, und um diese Aufgabe zu erfüllen, mußte er unbedingt die französische Sprache beherrschen. Ueberdies befindet sich im Kriegsgericht ein umfangreiches Briefbündel des Agenten Cuers, die französisch geschrieben sind, und eine vollkommene Kenntnis unserer Sprache verraten.

Dann beschäftigt sich der Oberst Cordier mit den Klaffen seines früheren Kameraden, des Generals Roget, der ihn vor dem Kassationshof als Uebertrager eines Briefes an Mathieu Dreifus zuschrieb, der seit langem als Fälschung erkannt ist.

Die Geschichte dieses Briefes ist nicht gewöhnlich und wohl wert, erzählt zu werden; denn sie zeigt eine Niedertracht ersten Ranges bei den Fälschern des Generalstabes.

Gegen den Anfang des Jahres 1897 erfuhr man im Kriegsministerium, daß der Oberstleutnant Cordier der Revision des Prozesses Dreifus günstig gesinnt wäre, und sofort kam den Offizieren des Generalstabes die Idee, Cordier zu vernichten. Das von diesen Fälschern gewählte Mittel konnte nur eine Fälschung sein.

Sie ließen von Lemercier-Ricard, einen ihrer Agenten, den sie bald darauf hängen ließen, einen Brief schreiben, in welchem vollständig die Handchrift des Oberst Cordier nachgeahmt wurde. In diesem Briefe stellte sich Cordier zur Verfügung von Mathieu Dreifus, um die Revision zu erlangen.

Dieser Brief wurde auf der Post angehalten, in der „Libre Parole“ veröffentlicht, und man benutzte ihn, um eine Unterjochung gegen den Oberst Cordier zu eröffnen, den man um jeden Preis verderben mußte. Das Wagnis gelang nur zur Hälfte; aber trotz des Mißerfolges zeigt es die Gewissensverfassung der Offiziere des Generalstabes.

Der Junge, der dann noch auf zahlreiche Einzelheiten eingeht, bewirkt, daß der ganze Generalstab, der ihm zuhört, aufspringt, Gruppen bildet, lacht und Lügen sucht, um sie Cordier entgegenzustellen.

Nach einander kommen der Kommandant Lauff, der General Roget, der Oberst Fleury und der Archivar Grisebin, um Cordier zu antworten. Und sie greifen zu ihren gewöhnlichen Mitteln, indem sie sich bemühen, die Richter durch das komplizierte Labyrinth ihrer Lügen zu verwirren.

Roget scheint sich von seiner Niedergeschlagenheit am Sonnabend ein wenig erholt zu haben; er weiß, welche Wirkung die Ansage des Hauptmanns Freyhütter auf die Richter hervorgebracht hat. Fünf Minuten lang ergeht er sich in allgemeinen Betrachtungen, die nichts mit der Ansage Cordiers zu thun haben, und zieht das Zeugnis Freyhüters, dessen moralischen Wert er herabmindern will, wieder in die Erörterung. Aber der ganze Saal murmelt unwillig, als er, der unerschämteste Lügner, den es giebt, behauptet, der Hauptmann Freyhütter sei auf einer Klage ertappt.

Seine Waffen- und Lügengefährten folgen ihm auf den Zeugenstand, verbreiten ihre gewohnten Aberschwärze, erzählen den ältesten und bekanntesten Klatsch, und betreiben gewohnheitsmäßig ihr niedriges Spielwerk.

Und das Murmeln im Saal wird lauter und lauter, bis zu dem Augenblick, wo der Oberst Fleury erscheint. Er hat in der Diskussion u. Lemercier-Ricard sprechen hören und will nun erzählen, daß dieses Individuum ihn einmal täuschte und betrog. — Bei einem Kopf wie Deinem ist das kein Wunder, meint jemand.

Aber nun kommt Herr de Freycinet, die kleine weiße Frau, der uns mit seiner stöhnenden Stimme ohne Zweifel sagen wird, wo sich die Adresse des famosen Syndikats befindet.

Der General Recier hatte in seiner Aussage versichert, daß de Freycinet dem General Jamont bestimmte Angaben über die Arbeit des Syndikats gemacht hätte.

Die Verteidigung hat de Freycinet auf den Zeugenstand kommen lassen, damit er sich erkläre. Aber die kleine weiße Frau erklärt sich nicht deutlich und stellt sich nicht bloß.

„Ja soll von einem Syndikat zu General Jamont gesprochen haben?“, sagt der frühere Ministerpräsident. Aber ich weiß ja gar nicht, daß es existiert. Ich bin sogar überzeugt, daß es für Frankreich nicht existiert. Die französische Presse hat sicherlich einen uninteressierten Feldzug geführt, u. s. w. u. s. w. Ich habe vielleicht irgend etwas über die Armee, über die Affaire zum General Jamont gesagt; aber ich erinnere mich nicht mehr an die Ausdrücke unserer Unterhaltung.“

Und dann stimmt dieser kleine Greis einen Appell an die allgemeine Vereinnahmung und Versöhnung an. Dieser kleine Greis, der mit einem Fuß in den Graben steht und das Ende seines Lebens mit einer schönen Handlung krönen könnte, ist auf den Zeugenstand, vor den Wärtzer Dreifus, gekommen, um für sich persönlich Klame zu machen, damit er der Chef des nächsten Versöhnungsministeriums werde.

Er hatte nur die Wahrheit zu sagen, den Richtern nur zu erklären, was er über die Schuld des Dreifus dachte und dachte, um sein Alter mit einer großen und hochherzigen Handlung zu zieren; statt dessen hat er es vorgezogen, Politik zu treiben, seinem kranken Ehrgeiz zu dienen, ein unbewusstes Instrument der Ungerechtigkeit und Unbilligkeit zu werden.

Aber de Freycinet hat mit seiner Aussage niemanden beirrt. Stets hat er geschwankt, labiert, stets war er bemüht, jedermann Recht zu geben, um sich mit der Einwilligung aller zur Macht zu bringen. Man wußte, daß er unfähig war, sich in das eine oder andere Lager einzureihen. So sind denn auch in gleicher Weise beide Lager unzufrieden und werfen ihm seine Heuchelei vor.

Tokales.

Die nächste Lokalliste erscheint am 10. September. Die Lokalkommissions-Mitglieder Berlins, insbesondere aber die der Vororte werden ersucht, Änderungen resp. Neuaufnahmen bis spätestens zum 5. September an Genossen Karl Scholz, Wrangelstr. 110, einzusenden. Spätere Zusendungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Ueber die zulässige Klassenzahl einer Gemeindeschule

Giebt es in Berlin keine festen Bestimmungen. Vor Jahren suchte Stadtschulrat Vertram die Festlegung einer Höchstzahl zu erreichen, einer Grenze, über die die Schulverwaltung nicht hinausgehen dürfe und an die sich auch die Bauverwaltung bei der Errichtung neuer Schulhäuser halten müsse. Aber er drang damit nicht durch. Die Stadtvorordneten-Versammlung wollte es anders, und es wurde weiter, wie bisher, von Fall zu Fall entschieden, wieviel Klassen in jede Schule hineinzusteden seien. Vertram hatte damals 16 Klassen für eine Schule als die höchstzulässige Zahl bezeichnet. Er meinte sogar, daß auch das beinahe schon die Leistungsfähigkeit eines Direktors übersteige, und ebenso hatten fast sämtliche Berliner Schulpflichter geurteilt, als sie um ein Gutachten darüber angegangen wurden. Inzwischen soll ja im Gemeindeschulwesen Berlin vieles besser geworden sein; so wird wenigstens bei jeder Gelegenheit in der Stadtvorordneten-Versammlung behauptet, und so verschiedentlich zustimmend jetzt auch — Herr Vertram. Sehen wir, wie es heute mit der Klassenzahl in den Berliner Gemeindeschulen steht. In diesem Sommer ist selbst die Durchschnittszahl immer noch höher als das, was Vertram früher als die höchste zulässige Zahl und als die Leistungsfähigkeit eines Direktors beinahe schon übersteigend bezeichnet hat. Auf die Schule kommen gegenwärtig im Durchschnitt 17 1/2 Klassen, mehr als in irgend einem der Vorjahre. 16 Klassen oder darunter (vereinzelt bis zu 9 und zu 8 Klassen hinab) finden sich nur bei 81 Schulen. 148 Schulen haben mehr als 16 Klassen, 21 davon sogar mehr als 20 Klassen. Die größten Schulen sind die 22. und die 104. (Wallstraße und Dönhofsstraße) mit je 25 Klassen, die 219. (Königsplatz) mit 26 Klassen, die 41. (Wehlstraße) mit 29 Klassen, die 125. (Andreasstraße) mit 30 Klassen (und 1510 Kindern!). Die allergrößten haben allerdings aus einem Teil ihrer Klassen eine Filiale gebildet, die unter einem der Lehrer als besonderem Leiter steht. Aber es ist klar, daß nicht erst bei 25 und 30 Klassen für den Direktor die Möglichkeit aufhört, diejenigen Kinder zu kennen und näher zu beobachten, deren Haltung Besorgnis erweckt, den Entwicklungsgang derjenigen Kinder zu verfolgen, die durch Begabung und Fleiß hervortreten, außerdem die Amtsführung der Lehrenden zu beaufsichtigen, sich über ihre Leistungen ein Urteil zu bilden und die jüngeren Lehrkräfte mit seinem Rat zu unterstützen. Vertram meinte, daß das alles bei 16 Klassen knapp noch möglich sei. Ueber diese Zahl hinauszuweichen, widerriet er mit dem sehr bemerkenswerten Gesandnis, daß die wachsende Klassenzahl das Auge des Direktors von dem Anblick der Kinder fortlenke auf die Listen und die Nummern. Aber die Mehrheit der Stadtvorordneten-Versammlung, wie gesagt, wollte es anders, und ihre abweichende Ansicht hat bis heute Geltung behalten, zweifellos zum Schaden der Berliner Gemeindeschule.

Die Berliner Metallindustrie

stand während des Jahres 1898 in rastloser Tätigkeit. Sicherheiten, Eisenkonstruktions-Werkstätten, Maschinenfabriken zc. waren so stark in Anspruch genommen, daß manche Aufträge in der vorgeschriebenen Zeit nicht ausgeführt werden konnten. Häufig mußte der Betrieb monatelang mit Tag- und Nachtschicht durchgeführt werden und fast überall wurde zu der leidigen Ueberstundenarbeit geschritten, gegen die die organisierten Arbeiter mit Recht ankämpfen.

Während die Maschinenbau-Anstalten für ihre Fabrikate gute Preise erzielen, klagten besonders die Besitzer der Eisen-, Eisenkonstruktions-Werkstätten, Metallschmieden zc. über die hohen Eisenpreise, welche von einem geschlossenen Produzentenkreise diktiert werden. Der Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller bemerkt hierzu: „Es wäre vielleicht wünschenswert, diesen Syndikaten durch gemeinschaftliche Organisation des Einkaufes des Rohmaterials ebenso geschlossen entgegen zu treten; ein solches Vorgehen würde voraussichtlich von großem Vorteil für alle und ganz besonders für die kleineren Betriebe sein.“

Welche hervorragende Stellung Berlin in der Metallbranche und der Maschinen-Industrie einnimmt, geht aus der von Jahr zu Jahr steigenden Zahl der angeschlossenen Betriebe und die in ihnen beschäftigten Arbeiter hervor. Der Bericht der „Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft“ für 1898 weist ebenso wie die Verichte früherer Jahre eine starke Vermehrung der Betriebe und Arbeiter auf. Am 31. Dezember 1898 waren vorhanden 3004 Betriebe (gegen 2920 im Jahre 1897). Es sind also 84 Betriebe neu entstanden. Die durchschnittliche Zahl der im Jahre 1898 bei der genannten Vereingensgenossenschaft versicherten Personen betrug 84 685 (gegen 77 420 im Vorjahre), hat sich also um 7265 vermehrt.

Am stärksten war die Steigerung der Betriebe sowohl als auch der Zahl der Arbeiter bei der Sektion I (Berlin) dieser Vereingensgenossenschaft. Bei der Sektion Berlin waren am 31. Dezember 1898 vorhanden 1299 Betriebe (gegen 1284 im Jahre 1897); Zunahme 65 Betriebe. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter stieg in Berlin von 35 509 im Jahre 1897 auf 40 316 im Jahre 1898, ist also um 4717 gestiegen.

Auch die Ziffern der letzten Gewerbestatistik geben ein Bild von der Entwicklung der Metallbranche. Die Gewerbegruppe „Metallverarbeitung“ zählte insgesamt 4161 Betriebe mit 31 185 gewerthätigen Personen (Unternehmer, Angestellte und Arbeiter zusammen). Von den Betrieben sind 200 ein Personal von 20—50; 88 ein solches von 51—200, 9 ein solches von mehr als 200 Personen. In der Gewerbegruppe „Maschinen-Industrie“ wurden 2975 Betriebe mit 42 600 gewerthätigen Personen gezählt; von den Betrieben waren 325 mit einem Personal von über 20 gewerthätigen Personen vorhanden. Eine große Anzahl von Betrieben beider Gruppen gehört natürlich zum Handwerk und zur Kleinindustrie. Die Summe der Produktion der Berliner Metall- und Maschinenindustrie-Betriebe auch nur annähernd festzustellen, ist nicht angängig. Wenn man aber in Betracht zieht — so heißt es in dem Bericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller — daß allein der Wert der Ausfuhr von Maschinen und schmiedbarem Eisen mit 22,5 Millionen Mark pro 1898 um 5,8 Millionen Mark gegen 1897 gestiegen ist, so wird man nicht fehlgehen, wenn man der Berliner Industrie einen erheblichen Anteil an diesem Plus zuschreibt.

Zum Tode unseres Genossen und Kollegen Jacoben schreibt die „Volks-Zeitung“: „Wenn man verantwortlicher Redacteur an einer oppositionellen Zeitung ist, so bedeutet das mehr, als wenn man an einem „gutgesinteten“ Schatzmacherorgan für Ordnung, Sitte und Arbeiterehrung eintritt. Jacoben mußte jeden Augenblick bereit sein, für die von ihm vertretene Sache auf längere oder längere Zeit sich einsperren zu lassen. Es gehört eine große Opferfreudigkeit dazu, eine derartige Stelle jahrelang zu bekleiden. Daß Jacoben dieses Opfer auf sich nahm, ehrt ihn und verpflichtet die Angehörigen seiner Partei zu großem Danke gegen den tapferen Mann, den der Tod plötzlich aus einer ehrenvollen Kampfstellung herausgerissen hat.“

Gefängnisloft mit Maden. Die Insassen des Amtsgerichts-Gefängnisses zu Charlottenburg bemerkten kürzlich zu wiederholten Malen, daß das ihnen verabreichte Mittagessen sehr stark mit Maden durchsetzt war. Einige Personen, die nur Strafen von kurzer Dauer zu verbüßen hatten und sich jetzt wieder auf freiem Fuß befinden, versichern, daß sie während ihres Aufenthalts in dem genannten Gefängnis an jedem Tage Maden in ihrem Essen gefunden haben. Maden es nun Erbsen, Rumpstüch oder blauen Feinreis geben, stets waren diese kleinsten Tierchen in größerer oder geringerer Menge in der Kost zu finden. Wen nicht der größte Hunger zwang, das unappetitliche Essen hinunterzuwürgen, der entleerte seinen Speisnapf in die „Bombe“. Am Dienstag der vorigen Woche gab es Erbsen und in diesem Gericht fanden sich besonders viele Maden. Einer der Gefangenen hat von der Oberkassette seines Speisnapfes allein wohlgezählte 47 Stück etwa ein-einhalb Centimeter lange, fette Tierchen abgehöpft. An dem genannten Tage verlangten nun einige Gefängnisinsassen, dem zuständigen Amtsgerichtsrat vorgeführt zu werden, um diesem Herrn ihre Beschwerden wegen des Essens vorzutragen. Der stellvertretende Inspektor, dem die Gefangenen ihr von Maden durchsetztes Essen vorgezeigt, gab den Beschwerdeführern zur Antwort: „Wir wissen schon, daß Maden im Essen sind. Die Maden in dem Talg. Wir werden noch auf Rechnung der Lieferanten anderen Talg bestellen müssen.“ Als die Beschwerdeführer dann um jährliche Abhilfe eruchten, und bemerkten, daß doch kein Mensch solche Kost genießen könne, antwortete der stellvertretende Inspektor: „Das Essen ist doch schmackhaft. Was wollen Sie denn? Sie sind doch bloß Straf-gefangene!“

Man sollte doch meinen, daß am Ende des neunzehnten Jahrhunderts selbst Strafgefängnisse — und hier handelt es sich meist um Leute, die nur wegen geringer Vergehen im Gefängnis sitzen — Anspruch auf eine Kost haben, die ihrer Gesundheit nicht schadet. Darüber dürfte aber wohl keine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß Essen, welches mit madigen Talg zubereitet wird, nicht nur schädlich, sondern auch gesundheitsgefährlich ist. Der Gefängnisverwaltung müßte es doch ein Leichtes sein, von ihren Lieferanten unverdorrene Ware zu verlangen, und verdorbene, wie den hier benutzten Talg, zurückzuweisen.

Obgleich das Charlottenburger Gefängnis erst vor kurzem erbaut worden ist, so scheint man bei der Einrichtung des Gebäudes doch auf die hygienischen Anforderungen der Neuzeit wenig Rücksicht genommen zu haben. In jeder Etage, die mit etwa 30 Mann besetzt ist, befindet sich nur ein Klosett, welches in den Freistunden benutzt werden kann. Das ist natürlich bei weitem nicht ausreichend, so daß für die notwendigen Bedürfnisse immer noch die in den Zellen aufgestellten „Bomben“ so stark benutzt werden müssen, daß die Luft dadurch erheblich verunreinigt wird.

Am Sedantage, Sonnabend, den 2. September, werden die städtischen Bureaus und Kassen um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Centralbureaus, das zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis nachmittags 4 Uhr geöffnet bleibt.

Die Beschleunigung der Wamseebahnzüge, die von der königlichen Eisenbahndirektion Berlin in den ersten Entwurf zum Winterfahrplan vom 1. Oktober aufgenommen worden war und neuerdings mangels rechtzeitiger Lieferung der erforderlichen neuen Lokomotiven wieder fraglich geworden war, wird mit dem Beginn des Winterfahrplans noch nicht in Kraft treten. Der Grund der Verzögerung liegt darin, daß die Maschinenfabriken, die die Lieferung der neuen, stärkeren Lokomotiven übernommen haben, die verabredeten Lieferfristen nicht innehalten zu können erklären.

Weitere Versuche mit Automobilwagen wird die hiesige Ober-Postdirektion in den nächsten Monaten aufnehmen. Bei dem seit fünf Wochen in Betrieb befindlichen Accumulatoren-Gepäckwagen hat sich die elektrische Kraft als Betriebsmittel vorzüglich bewährt. Es werden in den Monaten Oktober und November noch drei andere Accumulatorenwagen verschiedener Systeme sowie zwei Wagen mit Benzinautomobil in Betrieb genommen werden. Auch bei diesen Probefahrten werden Begleitwagen eingelegt, damit bei etwaigem Verlegen des Maschinenbetriebes die Beförderung der Postpakete keine Unterbrechung erleidet.

Zur Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule findet am 19. Oktober im Lichtgasse ein großer Festtag statt, dem die Enthüllung der Denkmäler von Siemens und Arupp vorangeht. Während die Aufstellungsarbeiten vor der Rampe noch nicht in Angriff genommen sind, begang man heute in der großen Halle bereits mit der Ausschmückung.

Der Vorstand der Krankenkasse „Hilfe“ teilt uns mit: „Es ist nicht wahr, daß die Bücher unserer Hauptgeschäftsstelle oder diejenigen einer unserer Filialen behördlicherseits beschlagnahmt worden sind. Außer Urban hat sich keiner unserer Direktoren Defraudationen zu Schulden kommen lassen und sind die Verpflichtungen der Kasse vertragsgemäß erfüllt worden.“

Eine ungemein kräftige Natur hat der 40 Jahre alte Arbeiter Friedrich Matthes aus der Prenzlauer Allee 200. Matthes war gestern abend damit beschäftigt, Schutt aus dem Hause Hohen-zollernstraße 9/10 auf einen Wagen zu schaffen. Als er mit einem vollen Saal über ein Laufbrett vom Hause nach dem Wagen ging, stieß ihm der linke Fuß um. Er fiel hin und stand mit einem geringen Schmerzgefühl wieder auf. In der Meinung, daß er sich den Fuß verstaucht habe, bat er seine Arbeitsgenossen, ihn wieder einzurenken. Einige handfeste Männer machten sich dann auch an das schwierige Werk. Nicht gerade sanft zupackend, renkten und renkten sie und bogen hin und her, aber es wurde nicht besser. Da ihm die Geschichte doch etwas lästig war, so suchte Matthes nun ein Krankenhaus auf, um sie dort von Ärzten rasch in Ordnung bringen zu lassen. Von diesen erhofft er aber zu seiner größten Verwunderung, daß er sich beim Umkleiden nicht den Fuß ausgerechnet, sondern den Unterschenkel gebrochen hatte, aber nicht das allein; denn „Eurenken“ hatten ihm seine Arbeitsgenossen denselben Unterschenkel noch zweimal gebrochen. Das schien Matthes ganz unmöglich, weil er nichts davon gespürt hatte, und er glaubt, trotz der Versicherung der Ärzte, auch heute noch nicht recht daran.

Der Geistesgegenwart eines 11-jährigen Schulladens ist es zu danken, daß am Mittwochmittag auf der Zwinemünderstraße großes Unheil verhütet worden ist. Zu besagter Zeit, wo die Kinder scharenweise die Doppelgasse des Berliner in der Fußsteige, Graun-bezw. Demminerstraße verlassen hatten und sich auf dem Rad-hauswege befanden, raste plötzlich im tollsten Galopp ein schon gewordenes Pferd, welches vor einem Reiterwagen gespannt war, den Fahrdamm der Zwinemünderstraße entlang. Mit dem Kreuzungspunkte der Demminerstraße angelangt, trieberte der fährlose Durchgänger, hinter dem der leichte Wagen in gewaltigen Zickzackbewegungen hin- und herschleuderte, seinen Lauf auf die rechtsseitige Fahrbahn, die gerade von vielen Hunderten von Schul-

Zi-juristische Sprechsaal wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.

Mitg. Ihre Frage läßt sich nicht so ohne weiteres beantworten. Wenn Sie sich an den Kreisrichter der Central-Kranken- und Verbandskasse der Arbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter, Herrn W. Buch, Reichensdorferstraße 66b, Lützow II. oder an den Ortsvorstehenden Herrn Willhardt, Wilmersdorf 31 II.

G. L., Berlin. 1. Das finden Sie nur in den amtlichen Reichstags-Steueranträgen, Verordnungen der Reichsministerien und Verlagsanstalt, Berlin, Wilhelmstr. 32. 2. Der Reichsverband der freien Gewerbetreibenden nach den deutschen Reichsgesetzen. Breslau 1879. Großmann. Die gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg vom 16. bis 18. Jahrhundert. Leipzig 1890. Wuttke, Gesunde-Ordnungen und Gesunder-Zwangsdienst in Sachsen. Leipzig, Dunder u. Humblot. Das zuletzt genannte Werk ist besonders instructiv.

L. 69. Die Grundziffer für ein Stadtelegramm von 10 Worten ist 30 Pf., jedes Wort darüber kostet 3 Pf.

W. 7. 82. Es gibt nur 36 Feld-Artillerie-Regimenter.

Mittheilung. 1. Die Kündigung von Mietverträgen, in denen eine dreimonatliche Kündigungsfrist vereinbart ist, muß rechtzeitig zu sein, so erfolgt, daß die Kündigung spätestens am 30. September in den Händen des Vermieters ist, dem gekündigt werden soll. 2. Ist die Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 27. September in den Händen dessen sein, dem gekündigt wird. 3. Ist nichts vereinbart, so muß spätestens in den drei ersten Quartaltagen gekündigt sein. 4. Eine frühere Kündigung ist in allen Fällen zulässig und wirksam. - H. S., Drontheimerstraße. 1. Ja. 2. Der Anspruch ist an die Vollzeiterhaltung, an das Landrats-, Bezirks- oder Kreisamt des Wohnorts des Betroffenen zu richten. - Schell. Ein Testament muß im Gebiete des preussischen Allgemeinen Landrechts unterschrieben und der Gericht niedergelegt oder zu Protokoll des Amtsgerichts erklärt sein, um gültig zu sein. Dasselbe gilt für ein wechselseitiges Testament. Jene beiden zur Auffertigung eines Testaments nicht genügt zu werden. Für ein wechselseitiges Testament ist etwa folgende Form zu empfehlen: Wir (Namen der Eheleute) setzen uns einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen), sowie diejenigen Kinder, die uns oder eines geboren werden, mit der Mahgabe zu Erben ein, daß der Überlebende von uns die von aller Kasse und Nachlassenschaft bezogene Verwaltung unseres beiderseitigen Vermögens bis zu seinem Tode behält und berechtigt ist, unter Lebenden über die Erblassung zu verfügen. Was nach dem Tode des Überlebenden übrig bleibt, teilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Für den Fall einer Wiederübertragung des Überlebenden hat Ansehenänderung nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfolgen. Wer von unseren Erben unter Testament ansetzen sollte, den setzen wir auf Pflichtteil. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Die Kosten für protokolllarische Testamentsaufgaben sind doppelt so hoch wie die für die Annahme eines oder zweierseitig übergebenen Testaments. Durch Benutzung obiger Aufzeichnung wird also die Hälfte erspart. Die Kosten für die Annahme von Testamenten betragen: bei einem Objekt von 2-5000 M., 2,40 M., von 500-1500: 3,-, von 150-500: 3,60, von 50-100: 4,20, von 100-1200: 5,-, 1200-1600: 6,-, 1600-2100: 7,-, 2100-2700: 8,-, 2700-3400: 9,-, 3400-4300: 10,-, 4300-5400: 11,-, 5400-6700: 12,-, 6700-8200: 13, 8200-10000: 14,-, 10000-12000: 15,-, 12000-14000: 16,- M., so steigen bis 30000 M. bei je 2000 M. mehr Objekt die Kosten um je 1 M., so daß also bei Objekt von 28-30000 M. die Kosten 24 M. betragen. Es betragen bei Objekt von 30-35000 M. die Kosten 26 M., bei Objekt von 35-40000 M. 28 M. Von da ab steigt es in der Kostentabelle bei den Objekt von je 10000 M., bei den Kosten um je 2 M., so daß also bei Objekt von 90-100000 M. die Gebühren 40 M. betragen. Von da ab steigen die Tarifklassen um je 10000 M., die Gebühren um je 1 M., so daß also z. B. die Testamentsannahme bei Erben von 1900000 bis 2 Millionen Mark 230 M. kostet. Die Kosten sind also wie durchweg in Gerichtsakten bei niederen Objektprozentual außerordentlich viel höher als bei hohen Werten. Wechselseitige Testamente gelten als zwei Testamente. Der Fiskus erhebt immer ein Fünftel der angegebenen Höhe für die Aufbewahrung der Testamente. Für die Eröffnung und Aufrechterhaltung einer letztwilligen Verfügung wird so viel wie für die Annahme erhoben. Für die Annahme eines Testaments ist, falls zugleich ein anderes Testament überreicht wird, nichts, sonst die Hälfte der oben genannten Gebühren zu zahlen. Der einfachste und billigste Weg zur Aufrechterhaltung eines Testaments ist demnach nicht der protokolllarische, sondern der: Sie setzen Ihren letzten Willen auf, achten dabei darauf, daß jemand zu Erben eingesetzt und kein Pflichtteils-erbe (Kinder oder Eltern) übergeben ist. Sodann unterschreiben Sie das Testament und überreichen es offen oder verpackt, aber persönlich dem Amtsgericht. Machen Sie ein wechselseitiges Testament, so müssen beide Eheleute unterschreiben und zu Gericht gehen. - W. W. 1. Die Frage ist freilich. Sobald Sie einen einwandfreien Untermeister stellen und Sicherheit leisten, muß nach richtiger Ansicht trotz der Anwesenheit des Wirtes die Untermeister gehalten. 2. Sie dürfen die Prüdel ohne Genehmigung des Wirtes nicht fortlassen, es sei denn, daß Sie für die volle Mietzeit durch Unterlegung Sicherheit leisten. 3. Sie können auch die englische oder französische Literatur durch die Buchhandlung „Vorwärts“ beziehen. - Prinz Louis Ferdinandstraße. Im Oktober.

Briefkasten der Expedition.

Die Abonnenten unseres Blattes, welche ihre Zeitung bisher von dem Expeditur Feinike, Brangelstraße, bezogen haben, bitten wir, da der Expeditur Feinike seine Expedition aufgegeben hat, ihre Adresse der Expedition von Ed.-Oden Genossen Hr. Thiel, Stallgerstr. 35 (alte Mantelstraße), mitzutheilen, bezugs weiterer Zusendung des „Vorwärts“. Die nicht gelieferten Nummern werden vom Genossen Thiel nachgeliefert.

Marktpreise von Berlin am 30. August 1899

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen, Roggen, Butter, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Dresd. Landwirtschaftskammer - Notierungsbörse - und umgerechnet vom Vollspreißdium für den Doppel-Centner.

Produktenmarkt vom 31. August. Weizen zog um 1/2 M., Roggen um 1/4 M. an. Dafer bei ruhigem Geschäft behauptet. Mais unverändert. Mais auf Termine angeboten und etwas schwächer. Die Tendenz am Spiritusmarkt ist als ruhig zu bezeichnen. Angeboten wurden 10 000 Liter 70er Vorräte, die mit 43,40 M. Käufer fanden. Termine bei ruhigem Geschäft nur gering verändert. September notierte 47,50 bis 47,60 M. - Das Berliner Spirituslager wird auf 7 1/2 Millionen Liter gegen 10 1/2 am 31. Juli, 2 Millionen am 31. August 1898, 4 1/2 Millionen 1897, 9 Millionen 1896 und 12 Millionen 1895 geschätzt.

Kartoffelfabrikate. Berlin, 31. August. Prima trockene Kartoffelfabrikate per 100 Kg. 19,25 M., do. Supra 19,50 M., do. Sekunda 13-16 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 19,25 M., do. Supra 19,50-19,75 M., do. Sekunda 13,50-16,50 M.

Witterungsübersicht vom 31. August 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., and another temp. Includes stations like Eutin, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Freitag, den 1. September 1899. Zeitweilig heiter, vielfach wolfig, mit etwas Regen, mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

wäre eine heftige Debatte über Bernsteins Theorie zu erwarten. Er warnte davor, sich auf das rein Theoretische festzusetzen. In der Praxis machten sich die Dinge doch immer anders. Er erinnere unter anderem an die Beschlässe in der Agrarfrage. Er habe das Gutrauen zum Parteitag, daß er beschließen werde, was der Partei nützlich sei. - Hoppe versicherte, daß die Befreiung eines Korrespondenten beantragt werden würde, um Klärung zu schaffen. - Genosse Leuchter befragte, daß der „Vorwärts“ zu teuer wäre, um Blättern vom Schlage der „Korrespondenz“ innerhalb der Arbeiterschaft Konkurrenz zu machen. Die Kreiskonferenz und die dort zu wählenden Parteitag-Delegierten sollten für eine Verbilligung des Centralorgans eintreten. Wenn der „Vorwärts“ nicht billiger werden könne, dann möchte ein anderes Blatt für 50 oder 60 Pf. monatlich geschaffen werden.

Stadtv. Genosse Ostermann: Eine Verbilligung des „Vorwärts“ auch nur um 10 Pf. würde der Parteikasse jährlich 67 000 M. entgehen. Und die betreffenden Arbeiter, die jetzt die „Korrespondenz“ lesen, würden den „Vorwärts“ selbst dann nicht halten, wenn er monatlich nur 75 Pf. kosten würde. Die Hauptfrage wäre eine kräftige Agitation für das Blatt. (Beifall.) Neulich äußerten sich Koczmarek und Otto Klein. Letzterer legte den Unterschied klar, welcher zwischen einer ernsthaften und gut redigierten Zeitung und einem Kopfschüttel, wie die „Korrespondenz“, besteht. - Hoppe wäre einer Verbilligung nicht abgeneigt, hält sie aber zur Zeit für unmöglich. - Zu Delegierten für die Kreiskonferenz wurden die Genossen Kietzsch, Ostermann und Hoppe gewählt.

Genosse Ostermann, der als Stadtvorordner der Kommission angehört, welche den Entwurf der Polizeiverordnung zum Schutze schulpflichtiger Kinder ausgearbeitet hat, verwarf sich energisch gegen die öffentlich ausgesprochene Beschuldigung des Vätermeisters, daß er sich das Frühstück schon um 1/3 Uhr habe von Kindern bringen lassen. Medner erklärt, daß er das niemals gethan habe. Ihm sei das Frühstück frühestens um 1/4 oder 1/27 gebracht worden. - Stadtvorordner Genosse Dr. Silberstein, ebenfalls Mitglied der genannten „Kinderbeschutz-Kommission“, fährt an, daß von ihm in der verächtlichen Vätermeister-Versammlung gesagt worden sei, er allein wäre an der dem Schutze schulpflichtiger Kinder gewidmeten Polizeiverordnung schuld. Dagegen sei zu sagen, daß die Socialdemokraten in der Kommission ein viel weiter gehendes Verbot der Kinderarbeit erkrebt hätten. Ihnen seien noch halbe und ganze Stunden abgehandelt worden. Er habe schon ganz kleine Kinder in der Frühe mit Frühstück weinend herumlaufen und die Hausnummern suchen sehen. Wenn die Herren Vätermeister jetzt gegen den erriethen, noch ziemlich geringen Kinderbeschutz protestieren, dann wären sie wert, der allgemeinen Verachtung preisgegeben zu werden. - Genosse Hoppe machte dann noch auf die Parteipetition aufmerksam, die eine Hilfe von Kindern nicht dulde.

Reinickendorf. Am 25. d. M. sprach Dr. Kailowsh in einer öffentlichen Versammlung über die Tuberkulose und deren Heilung. In seinem beifällig aufgenommenen Vortrag erläuterte der Vortragende die Entstehung und den Verlauf der Krankheit. Als hauptsächlichste Mittel zur Bekämpfung derselben fordert der Redner gereinigte Wohnungsverhältnisse, längere Arbeitszeit und bessere Ernährung der Arbeiter. An der Diskussion beteiligten sich Gram, Schreiber und Frau Noack, welche die Anwesenden aufzuforderten, durch Beitritt zu den Organisationen zur Verwirklichung dieser Forderungen beizutragen.

Orliuan. In einer gutbesuchten Parteiverammlung, die hier am 30. August tagte, wurden nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Gustav Seiler zu Delegierten für die Kreiskonferenz Engel und Wallach gewählt. Hierauf besprachen Wustrow und Lindenbohn eingehend die Orliuaner Verhältnisse und kritisierten das Verhalten des Amtsvorstehers v. Appen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum regen Besuch des am 16. September stattfindenden Vergnügens vom Arbeiter-Bildungsverein auf.

Verichtigung. Zu dem Versammlungsbericht der Metallinstrumenten-Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift. Die Arbeiter der Firma Edel erlitten in der im Bericht erwähnten Entlassung eines Arbeiters keine Mahregelung. Die Angelegenheit selbst wurde auf Wunsch der Arbeiter der Firma einer Kommission zur Untersuchung überlassen. Es ist unrichtig, daß kein Vertreter in der Versammlung das Wort ergriff, es geschah das mehreremal.

Vermishtes.

Prinz Max von Sachsen predigte letzten Sonntag in Paris in der Kapelle der Herz Jesu-Straße auf Montmartre über die Verachtung der irdischen Reichthümer und machte auf seine Zuhörer, durchwegs sehr arme Leute, angeblich einen tiefen Eindruck. Dem Prinzen von Sachsen mag es nicht allzu schwer fallen, die Verachtung der irdischen Reichthümer zu predigen. In seinem Vaterlande dürfte er aber unter den armen Leuten nicht allzu viele Gläubige finden.

Der amerikanische Nordpolreisende Walter Wellman, der mit seiner Expedition am 17. August mit dem Frachtschiff „Capella“ von Franz Josefsland nach Tromsø zurückgekehrt ist, ist am 28. d. M. mit seinen amerikanischen Begleitern in Hull angekommen. Dort erzählte er einige seiner Erlebnisse. Von Franz Josefsland wurde bald nach der Ankunft (1898) einer der Amerikaner mit mehreren Korwegen abgeholt, um weiter im Norden ein Magazin mit Wintervorräten anzulegen. Das Magazin wurde gebaut, und zwei Leute, Hoerwig und Bengen, blieben zurück, während sich der Amerikaner und die übrigen Korwege wieder zum Hauptquartier begaben. Gegen Ende Februar d. J. brach Wellman mit Schützen und Hunden nach dem Norden auf. Er fand bei der Hütte nur noch Hoerwig vor, der ihm mit Thränen in den Augen mitteilte, daß sein Kamerad vor zwei Monaten gestorben sei. „Sie haben ihn natürlich begraben?“ fragte Wellman. „Nein“, erwiderte Hoerwig und zeigte auf die Hütte, „er liegt hier“. Die beiden Männer waren treue Freunde gewesen und hatten sich gegenseitig das Versprechen abgenommen, daß, wenn einer von ihnen sterben sollte, der Überlebende die Leiche des Kameraden so lange in der Hütte zu behalten habe, bis Hilfe käme. Denn seiner von ihnen wollte nach seinem Tode den Mienen deutlicher Bären ausgefressen sein. Während der zwei Monate artlicher Dunkelheit hatten der Tote und sein Freund so Seite an Seite in der engen Hütte nebeneinander gelegen. Auf einer der beiden Schlafstätten in der Hütte lag der Tote, sorgsam mit Fellen überdeckt. Die Zeit seiner Einsamkeit vertrieb sich Hoerwig durch Recitation von Versen Shells und anderer norwegischer Dichter, die er ausgezeichnet lernt. Das hielt seinen Geist in der Zeit der größten Bedrückung aufrecht. Am Tage nach der Ankunft Wellmans wurde aus Steinen ein Grab gebaut, in das der Tote gesenkt wurde. Zehn Tage später brach die Expedition nach dem Norden auf. Sie mußte gegen den 20. März zurückkehren, nachdem sie ungefähr den 82. Breitgrad erreicht hatte. Wellman hatte gehofft, den 87. Breitgrad zu erreichen, mußte aber der Uebermacht der in Bewegung geratenen Eisblöcke weichen. Während des langen Winters wurden im ganzen 47 Bären getötet. Drei neue Inseln sollen entdeckt worden sein.

Wieder ein Absturz. Aus Chamony wird der tragische Tod des französischen Naturforschers Dr. Sauter gemeldet, der im Laboratorium des Physikers Lippmann in Paris angestellt war. Er wollte auf dem Montblanc unter Beihilfe des Astronomen Janhen und der französischen Telegraphenverwaltung wichtige, die Telegraphie betreffende Fragen studieren und ist an einer Stelle des Montblanc-Beges abgestürzt, die im allgemeinen als vollkommen gefahrlos gilt. Seine Freunde und die Bergführer vermuten, daß er entweder ausgerathet oder plötzlich schneeblind geworden ist.

Muttermord. Nach der Meldung Lemberger Polenblätter hat in Kowno der neunzehnjährige Graf Kossakowski seine siebenzig Jahre alte Mutter erschossen.

zog derselbe einen geladenen Revolver und gab auf den Ausführender zwei Schüsse ab, deren einer dem Mann die Brust durchbohrte und einer durch die Schulter ging. Der Schwerverletzte versuchte nunmehr noch mit dem letzten Ausgebote seiner Kräfte dem Inspektor die Waffe zu entreißen, was ihm jedoch nicht gelang, indessen zur Folge hatte, daß der Inspektor mit den Worten: „Nur, ich schick dich tot, es ist mir ganz egal!“ noch zwei Schüsse auf ihn abgab, die jedoch fehlgingen. Die Verletzungen des alten Mannes waren nach dem Zeugnis des Arztes sehr schwere, so daß er zunächst in ernstlicher Lebensgefahr schwebte. Seine Heilung ist als eine auffallend günstige zu bezeichnen. Dennoch hat er 30 Proz. seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Als Vertreter des Verletzten stellte Rechtsanwalt Haase die That des brutalen Menschen ins rechte Licht und beantragte noch eine an den alten Mann zu zahlende Geldbuße von 1200 Mark. Der Gerichtshof erkannte, wie oben angegeben. In der Begründung hob der Vorsitzende noch hervor, daß die That des Angeklagten als eine rohe und unmenschliche zu bezeichnen sei, für die eine exemplarische Strafe festgesetzt werden müsse.

Dieser Prozeß liefert wieder einmal den Beweis, wie auf dem Lande mit alten Arbeitern umgesprungen wird. Hier ist es nun einmal gelungen, einen Menschenjäger zur Menschhaft zu ziehen, wie oft gelangt das nicht. Ja, es kommt nicht zu selten vor, daß in ähnlich liegenden Fällen die mißhandelten Arbeiter auf die Anklagebank gebracht wurden. Nehmen wir einmal an, der alte Ausführender wäre nicht mit dem Revolver so schwer verletzt worden, sondern es hätte bei den brutalen Mißhandlungen mit dem schweren Stock sein Bewenden gehabt. Dann wäre leicht der alte Mann auf die Anklagebank gekommen wegen seines Angriffs mit der Schaufel, und der Inspektor hätte, wie wir es so oft erlebt haben, als Zeuge bedundet, er sei zuerst angegriffen und habe in Nothwehr gehandelt. Dann hätte man den Mißhandelten bestraft. Das ging nun hier nicht an, trotzdem vom Angeklagten, einem jungen kräftigen Menschen, auch der Versuch gemacht wurde, seine rohe That als verächtliche Nothwehr gegen die Angriffe des alten 64jährigen Ausführenden hinzustellen. Das Gericht erkannte aber dem Verletzten für den Schlag mit der Schaufel berechnigte Nothwehr zu und setzte den Revolverhelden ins Gefängnis.

Veranstaltungen.

Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 28. August, hielt zum Andenken an den 150-jährigen Geburtstag Goethes Dr. Vorkardt einen Vortrag über „Goethes naturwissenschaftliche Arbeiten“. Der Vortragende betonte, daß die Naturauffassung Goethes eine einheitliche war, die in seinen Dichtwerken und in seinen wissenschaftlichen Arbeiten in gleicher Weise zu erkennen ist. Wo es sich bei diesen letzteren, die auf den Gebieten der Geologie, Meteorologie, Zoologie, Botanik, Anatomie, Physik liegen, um Schilderung des Wirklichen, des Beobachteten handelt, ist Goethe der unbedingte Meister der Darstellung, ein unerreichtes Maß von Klarheit. Und darüber hinaus hat er besonders in der Botanik und vergleichenden Anatomie hervorragendes geleistet, so daß er in mancher Hinsicht seiner Zeit weit voraus war und bisweilen sogar für einen Vorkämpfer Darwins erklärt wird. Doch kann dies letztere nur sehr bedingt zugegeben werden.

Gerade die besondere Eigentümlichkeit des Goetheschen Geistes, die ihn hier zu großen Erfolgen führte, war aber die Urfache, daß er in der Physik, speziell der Farbenlehre, wo es sich um die Lösung anderer gearteter Aufgaben handelte, scheitern mußte. Alle Fähigkeiten können eben niemals in einem einzelnen Menschen, sondern nur in einem ganzen Volke zur Entwicklung kommen. - Die nächste Versammlung wird Montag, den 11. September, abgehalten.

Die Schreibisch- und Büffelmacher hielten am Mittwoch eine vom Holzarbeiter-Verbande einberufene, sehr stark besuchte Versammlung im „Englischen Garten“ ab, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Branche zu besprechen. Wie angeführt wurde, sind die Arbeiten sowohl auf Büffelmacher als auf den Schreibischen in der letzten Zeit immer komplizierter geworden, trotzdem aber sind die Löhne nicht nur nicht dementsprechend gestiegen, sondern sogar zurückgegangen. Sogar kommt noch, daß die Preise für dieselbe Art Arbeit oft ganz verschiedenartige sind und der im Jahre 1890 festgelegte Tarif weder bei den ganzen Stücken noch bei den einzelnen Teilen genügend beachtet wird. Um diesem Uebelstande abzuhelfen und um einheitliche Preise herzustellen, sollen die Sätze des Tarifs bei der Berechnung als Grundlage innewgehalten werden. Außerdem sollen die Preise, die in den verschiedenen Werkstätten für die einzelnen Arbeiten gezahlt werden, zur Information in den Versammlungen bekannt gegeben werden. Nachdem noch zum Anschluß an die Organisation und zur regen Beteiligung an den Bezirks- und Vertrauensmänner-Versammlungen aufgefordert worden war, wurde darauf hingewiesen, daß in der Möbelabrik von Fiegel, Wasserthorstraße 14, sämtliche Tischler infolge von Differenzen die Arbeit eingestellt haben, und daß durch das Verhalten des Unternehmers die Verhandlungen gescheitert sind.

Nizdorf. In der socialdemokratischen Parteiversammlung, die hier am Mittwoch im Apollotheater stattfand, widmete zunächst der Vorsitzende Hoppe dem so unerwartet schnell dahingegangenen Genossen Jacobus einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte den verstorbenen Kämpfer für Freiheit und Recht in der üblichen Weise. G. r. e. m. p. hielt dann einen interessanten Vortrag über Wälverrennung, der beifällig aufgenommen wurde und dem eine kurze Debatte folgte. Als dritter Punkt stand auf der Tagesordnung: Der Parteitag in Hannover, die Brandenburger Konferenz und die Konferenz für den Kreis Teltow-Weeslow. Der Vertrauensmann Genosse Hoppe forderte die Versammelten auf, Anträge oder Wünsche zur Diskussion zu stellen, die sie durch die Kreiskonferenz dem Parteitag unterbreiten wünschten. Genosse Kietzschau regte als zweites an, daß der Parteivorstand veranlaßt werde, eine billige Broschüre über die Volkstraubheit Tuberkulose herauszugeben. Es müßte darin das Invalidenversicherungs-Gesetz berücksichtigt und die Stellungnahme der Socialdemokratie zur Volkstraubheit erläutert werden. Hoppe erklärte hierauf, daß die Delegierten zur Kreiskonferenz die Stellung eines solchen Antrages erwägen würden. Stadtvorordner Genosse Negeau führte dann folgendes aus: Der Parteitag in Hannover werde sich wohl mit der Landtagswahl beschäftigen. Da könnte vielleicht auch die Frage erörtert werden, ob die Wähler recht gehandelt hätten, als sie ihr Kompromiß mit dem Centrum eingingen. Medner sei nun der Meinung, daß man ruhig die Bayern ihre eigenen Wege gehen lassen solle. Man könne hier die lokalen Verhältnisse nicht genau und könne deshalb schwer ein Urteil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Taktik unserer süddeutschen Genossen fällen. Die Erfahrungen hätten ja auch gelehrt, daß die Bayern trotz der Parteitagbeschlüsse ihrer eigenen Ueberzeugung folgten. Ferner werde der Parteitag allem Anschein nach zu der Frage Stellung nehmen, ob es zulässig sei, daß Socialdemokraten in bürgerliche Ministerien eintreten. Medner könne nichts dagegen einwenden, denn unger nächstes Bestreben wäre es, der Socialdemokratie in der bürgerlichen Gesellschaft überall ein Mitbestimmungsrecht zu verschaffen, das heißt, die Macht zu erobern. Die Berufung des Genossen Willeram in das französische Ministerium beweise nur, daß die Macht der Socialdemokratie in Frankreich in hohem Maße anerkannt werde. Auch darin könne er nichts Schlimmes finden, daß zufällig der Kommunistenführer Galliffet mit im Ministerium sitze. Was nun das Eintreten der französischen Genossen für Drehfus angehe, so sei zu betonen, daß die socialdemokratische Partei eine Partei des Rechts sei und für jeden eintreten müsse, der Unrecht leide. Das treffe für Drehfus zu. Lednedschitsch Behalten in dieser Sache verschiebe er um so weniger, als Lednedschitsch selbst doch für Zietzen eingetreten sei. Schließlich

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20-21
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Montag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann,
Nannystraße Nr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Diskussion über den Bericht der Agitationskommission. 4. Vereinsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 142/13 Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer

Deutschlands, Zahlstelle I Berlin (Putzer).
Am Sonntag, den 3. September 1899, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße Nr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Beschluß des Arbeitgeberbundes auf unsere Forderung. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. Wahl eines Hilfskassierers für den nächsten Monat. Kollegen, die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen Kollegen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. 134/17 Die örtliche Verwaltung.

Rabibpuker und Plattenaufsteller.

Sonnabend, den 2. September 1899, abends 8 Uhr, im Lokale des
Herrn Zubell, Lindenstraße 106:

Außerord. Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin III

des Centralverbandes der deutschen Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Stellungnahme zu der angebotenen Aufsperrung der vereinigten Glas- und Cement-Fabrikanten. 252/8 Karl Nieke.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 3. September, vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der Beschluß der Treptower Sternwarte findet am 24. September d. J., nachmittags 5 Uhr, statt.
Willeis sind noch bei folgenden Kollegen zu haben: K. Heldemann, Rixdorf, Bienenstr. 25, II. Albert Schöndrock, Falkenheidestr. 28, Quergeb. IV. Otto Rannthaler, Köpckeplatz 69, Quergeb. I. E. Fischbach, Brangelstraße 83, 2. Quergeb. II. H. Schaub, Frankfurter Allee 73. W. Rouvel, Rixdorf, Berlinerstr. 14, Seitenfl. I. 45/6 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter Achtung!

des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin III.
Sonntag, den 3. September, im Lokal von Craz, Badstr. 12:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um rege Beteiligung ersucht.
45/6 Der Vorstand. J. A.: Otto Schmidt.

Achtung! Puker. Achtung!

Montag, den 4. September, vormittags 10 Uhr, bei Stechert,
Andreas-Str. 21:
Oeffentl. Versammlung der Puker
Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung:
1. Wollen die Puker den ihnen vom Arbeitgeberbund angebotenen Arbeitsvertrag annehmen?
2. Der Beschluß der General-Versammlung des Arbeitgeberbundes auf unsere Forderung und was bedeuten die Puker zu thun?
Kollegen, jeder Puker, der nicht gewillt ist, unter diesen entehrenden Summationen des Arbeitgeberbundes zu arbeiten und Arbeit abzuschießen, muß in dieser Versammlung erscheinen. Kollegen, eure Menschenwürde verpflichtet Euch, nicht zu fehlen.
191/5 Die Lohnkommission der Putzer Berlins.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Mittwoch, den 6. September, abends 8 Uhr,
im Grand Hotel Alexanderplatz, Neue Königstraße 44-45:
Oeffentliche Versammlung der Töpfer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der bisherigen Kommission. 2. Die Antwort der Meister auf unseren Lohnantrag und unsere weitere Stellungnahme hierzu. 193/12
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Lohnkommission.

Verein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 3. September, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske,
Grenadierstraße Nr. 33:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl einer Kommission, den Lohnantrag zu prüfen. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Beiträge werden nur zwischen 10 bis 11 Uhr angenommen.
33/10 Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher.

Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller,
Rosenthalerstr. 57:
Versammlung der Schäftearbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. 170/6 Die Ortsverwaltung.

Elektrotechnik. Maschinenbau.

Neue Tages- und Abendkurse der Fachschule für Elektrotechnik und Maschinenbau, S., Prinzenstr. 54, beginnen im September und Oktober. Gediegene und sorgfältige Ausbildung von Technikern, Praktikanten dem Laboratorium, Monteuren etc. in Theorie und Praxis. Eigene Lehrmethode. Behörerschaft mit direktem Stromanschluß. Reiches Materialienlager. — Honorar für die Abendkurse 5 M. monatlich. (Praxis 8 M.) Dauer der Kurse 4 Monate. Prüfung, Monteurdiplom, Stellennachweis kostenlos. — Bibliothek und Fachzeitschriften. — Prospekt gratis und franco. — Persönliche Anmeldungen nimmt von 9-2 u. 6-8 Uhr entgegen. 23188 G. Matthes, Ingenieur-Docent, S., Prinzenstr. 54.

Rummelsburg.

Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Weigel, Türschmidstraße 45:

Socialdemokr. Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Provinzial-Konferenz für Brandenburg und der Provinz in Hannover. Referent: Genosse G. Wagner.
2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann.

Steinarbeiter.

Freitagabend 7 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c:
Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 274/6
Bericht über die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Die Lohnkommission.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen



Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalft, Spezialität . . . 7 M.
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.
" " Befuß u. Knopfverzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" Agraftentiefel, Befuß, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitschuhe, reell, solb, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Schaffstiefel, Reistiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befuß u. Kappe, von 3,50 M. an.
" Schnürschuhe von 3,50 M. an.
" Hausschuhe von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solb gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 M. an.
Größe Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen. 23788

Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.
W., Schillstraße 12.
Steinitz, Reischlagerstraße 14.
Hannover, Ringmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
München, Margaretenstr. 5.
Bremen, Paulstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Flegelstein 68.
Frankfurt a. M., Viehstraßenberg 26.
Beil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Dandlbergerstraße 7.
Humboldtstr. 22.
Amalienstr. 28.



Anker Brikets

Berein deutscher Schuhmacher.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

August Beihlau

am 28. August im Alter von 34 Jahren verschieden ist. 170/7
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. September, nachm. 4 Uhr, vom Kranenhaus No. 10 aus nach dem katholischen Kirchhof, Wilmersdorf, statt. Um rege Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gustav Puhlig, Berlin, Seinenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garantierter Bettfedern d. B. 23 M., Kirsche Goldkammern d. B. 21,25, bessere Goldkammern d. B. 22,17, vorzügliche Downen d. B. 22,25, — von diesen Downen genäht 2 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Beste Anerkennungsstr.

Dr. Max David, Oranienburgerstr. 54, 23156

Ich wohne jetzt: Königgrätzerstr. 27 I Sprechst. 9-1, 4-7. 24299*

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt und Special-Arzt für

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Poliklinik: Friedrichstr. 114 I.

Dr. Simmel, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4*

Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — SO.: Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. — Sechster Wahlkreis (No. 1): Karl Anders, Salzweberstraße 8, part. im Boden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstraße 14. — Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünthalerstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kollaten-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. I. Treppe. — Deutsch-Wilmersdorf: Frau Kübler, Sigmaringenstr. 5, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. — Rixdorf: Hermann, Erstr. 6. — Schöneberg: Wilhelm Baumler, Apffel Paulstraße 13, Quergeb. Gody. — Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneeweide: Otto John, Ober-Schöneeweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Kaminherstellen: Nieder-Schöneeweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senflichen, Restaurateur. — Adlershof: Max Wörb, Wegerstr. 4. — Friedenau-Steglitz: F. Bernice, Rixstraße 1, in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: F. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Baum-schulenweg: Godel, Baumstraße 32, v. III. — Neu-Weissensee: Expediteur Heinrich Bachmann, Seherstraße 15 part. links.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Um genau Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Bitte ausschneiden!

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigstr. 22. Sprechst. 9-7.



Chronische Kranke

aller Art, Nervenleiden, Erholungsbedürftige, Nervenschwäche etc. betreffen sich einen Prospekt des Sanatoriums

Naturheilkunst Drachentopf

Eberswalde senden zu lassen. Derselbe wird gratis und franco zugestellt. Vorzügliche Heilerfolge, mäßige Preise, herrliche Lage. Heilgärtliche Leitung. Das ganze Jahr geöffnet. Die Direktion. 23679* G. Romels.

Charlottenburg.

M. Schmerberg 22902* Wilmersdorferstr. 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu sehr bill. Preisen. Optische Artikel. Ohrlöcher merd. schmerzlos gebohrt.

Sophatouffe

ausse Reflex in Nips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelins und Plüsch (positiv billig!) 24200* Proben franco! in allen Qualitäten zu Fabrikspreisen. Berlin S., Cranichstr. 158.

Emil Lefèvre,

Empfehle Freunden u. Genossen mein Reich- u. Bayer-Bier-Lokal. Robert Dieseler, Stralauer-Himbeer-, Kirsch- etc. Fruchtsäfte

garantiert rein, nur in ff. Flaschen eingefascht per Liter 1,10 M., alte Nordhäuser pro Liter 50 Pf., hochl. Stonsdorfer inst. Orig.-B. (1/2 Liter) a 80 Pf., Halb und Halb, feinst. Vorkühlsch., pr. 1/2, Chauraguer-Plaische inklusive 90 Pf., süßen Ungarwein, Orig.-B. (1/2 Liter) von 90 Pf. an, sowie faulst. Wolne, Cognac, Rum u. Liqueure im Einzelverkauf, auch eingetastet nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle. Jgnatz Sello, No. 110, Brunnenstr. No. 110 neben dem Straßenbahn-Ferret.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Refer eleganten Herrenanzugs n. Maß, Temporewski, Schneiderstr. 16, II., an der Annenbr. (Auch baar Caffee billige Preise.) *

46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Reise, den 30. August.

Heute in aller Frühe fuhren die Mitglieder der Generalversammlung nach dem in der Grafschaft Glatz gelegenen Wallfahrtsort Wartha.

Nachmittags fand die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Abg. Rechtsanwalt Dr. Erimborn-Köln, der die Versammlung leitete, erklärte: „Ich will es Ihnen von vornherein sagen, was wir vorhaben: Wir wollen Schließen erobern und zunächst Sie erobern. (Beifall.) Die Mitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland sind gewissermaßen die Exekutoren der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Der Volksverein hat die Aufgabe, die katholischen Ideen ins Volk zu tragen.

Generalsekretär Dr. Pieper (W.-Glöckner) erstattete den Jahresbericht. Der Volksverein zählt gegenwärtig 180 000 Mitglieder. Die Hauptaufgabe des Volksvereins sei die Förderung der Socialreform sowie die wirtschaftliche Förderung der einzelnen Stände des deutschen Volkes. Eine weitere Aufgabe des Volksvereins sei

die Bekämpfung der Socialdemokratie.

Wenn man dem Volke helfen wollte, dann müsse man demselben zunächst den Glauben an Gott und an die staatliche Ordnung erhalten. Die Socialdemokratie jage ja jetzt weniger utopistischen Ideen nach, sie beschränke ihre Thätigkeit mehr auf die Kritik der bestehenden Verhältnisse, aber trotzdem sei die Socialdemokratie ebenso gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher, als früher. Der Volksverein sei sich aber bewußt, daß die Socialdemokratie am wirksamsten durch eine kräftige Förderung der Socialreform bekämpft werde. Der Volksverein wolle jedoch die Förderung der Socialreform und die wirtschaftliche Hebung der einzelnen Stände nicht bloß, um der Gefahr der Socialdemokratie zu begegnen. Der Volksverein erstrebe auch in den Gegenden Förderung der Socialreform und wirtschaftliche Hebung der einzelnen Stände, wo eine socialdemokratische Gefahr nicht vorhanden sei. Der Volksverein erstrebe die Förderung der Socialreform auf dem Wege der Gesetzgebung und die wirtschaftliche Hebung des Volkes durch berufsgenossenschaftliche Selbsthilfe der einzelnen Stände. Viel sei ja auf dem Gebiete der Socialreform geschehen, aber man müsse dafür sorgen, daß die socialen Gesetze auch ausgeführt und die Socialreform weitergeführt werde, denn es fehle noch viel, bis alles erreicht sei.

Abg. Rechtsanwalt Dr. Erimborn-Köln sprach danach über die socialen Aufgaben der Katholiken Deutschlands. Der Kampf zwischen Glauben und Unglauben werde auf dem socialen Gebiete ausgetragen. Daraus werde jeder, der auf socialen Gebieten mitarbeite, zu einem Christen. Die Socialreform sei aber auch eine nationale und patriotische Pflicht. Von der Entwicklung der socialen Verhältnisse hänge der religiöse und sociale Frieden ab. Deshalb müsse jeder Christ, jeder Vaterlandsfreund für die Socialreform thätig sein. Wenn die Arbeiter von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, da dürfe man ihnen dies Recht nicht vorenthalten. Wenn die Arbeiter sich nicht mit und organisieren können, so organisieren sie sich gegen uns. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Rechtsanwalt Dr. Stephan-Seuthen, Oberschlesien, sprach danach über die katholischen Mäßigkeitsbestrebungen mit besonderer Berücksichtigung der Aufgabe der Gesetzgebung. Der Redner wies unter Berufung auf Schmöller, Vay, Krohne, Kraft-Ebing usw. auf die große Schädlichkeit der Trunksucht hin. Diese gefährde Gesundheit, Wohlstand, Familienglück, sie sei somit eine der größten Gefahren der Menschheit. Die Gesetzgebung in Deutschland betreffe Bekämpfung der Trunksucht siehe hinter vielen anderen Ländern noch weit zurück. Die Gewerbefreiheit von 1869 habe zur Vermehrung der Schankstätten und somit zur Vermehrung der Trunksucht sehr viel beigetragen. Zu begriffen sei es, daß nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Trunksüchtige entmündigt werden können. Es sei aber auch dringend erforderlich, die Zahl der Schänken und Verkaufsstellen für den Kleinhandel mit Branntwein nach Möglichkeit zu beschränken. Es sei auch erforderlich, alkoholhaltige Getränke zu einer höheren Steuer heranzuziehen, als die alkoholfreien Getränke. Ferner dürfe der Staat es nicht zulassen, auf den Bahnhöfen Schnaps zu verkaufen. Man dürfe aber nicht alles vom Staate verlangen. In dieser Beziehung müssen alle sittlichen Kräfte gemeinsam wirken. Deshalb sei es sehr bedauerlich, daß man die Orden, ganz besonders die Jesuiten von Deutschland fern halte. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer Schlussrede des Abgeordneten Gröber-Heilbronn schloß die Generalversammlung des Volksvereins.

Reise, 31. August. In der heutigen dritten und letzten geschlossenen Generalversammlung wurde als Ort für den nächsten Katholikentag Bonn gewählt.

Sociales.

Vom rheinisch-westfälischen Industriemarkt. Die rheinisch-westfälischen Industriearbeiter verstehen ihr Handwerk. Sie treiben sich gegenseitig die Preise hoch. Das Kohlenindulka will durch die höchsten Preise für Grubenkohlen zc. zu den Preissteigerungen genötigt sein, während die Eisenproduzenten mit Benutzung auf die gestiegenen Kohlenpreise mit „Bedauern“ auch ihrerseits Erhöhungen vorzunehmen gezwungen sein wollen. Da das Angebot die Nachfrage immer noch nicht deckt, ist das Ende der Preistreiber auch noch nicht abzusehen. Auf dem Eisenmarkt betrug die Steigerung in den letzten zwei Monaten für Grubenkohlen pro Tonne 5 M., für Träger 2 M., für Stabeisen (Zusammen) 10 M., für Stabeisen aus Flußeisen 5 M., für Feinbleche aus Flußeisen 10 M., für Walzdraht 20 M. Die Kohlenpreise erlitten in den letzten Jahren ebenfalls ganz bedeutende Preissteigerungen. Es kostete ab Wert in Rheinland und Westfalen in Mark:

Table with 4 columns: Year (1893, 1896, 1898), and rows for Stabeisen, Thomaseisen, Spitzblechen, Bessemerblechen, Ruddleisen, Kammkohlen, Fettkohlen, Magere Kohlen, Coals, Gaskohlen, Briquettes.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Kohlenindulka eine Steigerung der Richtpreise um 1 M. pro Tonne definitiv beschlossen hat, sobald für den kommenden Winter auf noch ungenügende Erhöhungen gerechnet werden darf. Die Unternehmer sorgen, daß die gute Konjunktur bei ihnen goldene Früchte zurückläßt. Kommt der Rückschlag, dann wird der Arbeiter merken, daß der ganze Segen für ihn in verlängerter Arbeitszeit und härterer Anstrengung verfliehet.

Unfallvermehrung durch ausländische Arbeiter. In den mannigfachen Missethungen, die in den deutschen Industriebezirken mit der Heranziehung großer Massen von ausländischen Arbeitern Hand in Hand gehen, gehört in erster Linie die Vermehrung der Unfälle, welche auf die Unkenntnis der deutschen Sprache und damit der gesetzlichen und betriebstechnischen Sicherheits- und Schutzvorschriften zurückzuführen ist. Besonders in dem gefährlichen Bereiche der Hütten- und Bergwerksarbeiter macht sich dieser Uebelstand in verhängnisvoller Weise geltend. Mit Recht macht deshalb der kürzlich erschienene Jahresbericht der lothringischen Gewerbeinspektion darauf aufmerksam, eine wie große Gefahrenquelle die Beschäftigung großer Massen von ausländischen, vorwiegend italienischen Arbeitern in der dortigen Grubenindustrie nicht bloß für die Betroffenen selbst, sondern auch für ihre deutschen Berufsgenossen bilden muß, da jene weder die deutsche noch die französische Sprache genügend verstehen, um Anweisungen der Beamten und Mitarbeiter richtig auffassen zu können. Es läßt sich nicht leugnen, so heißt es in dem Bericht, daß ein Hauptgrund für die verhältnismäßig große Zahl der Unfälle im Bergbau in der Beschäftigung solcher fremden und ungelerneten Arbeiter zu suchen ist. Um diesem teils durch tatsächlichen Arbeitermangel, teils durch übertriebene Profitgier des Unternehmertums erzeugten Uebelstand abzuwehren, haben einzelne lothringische Grubenverwaltungen in letzter Zeit besondere Aufseher bestellt, die sowohl der deutschen und französischen, wie auch der italienischen Sprache mächtig und infolgedessen im Stande sind, den fremden Arbeitern die Schutz- und Sicherheitsvorschriften verständlich zu machen. Die Ausbildung der im lothringischen Erzrevier beschäftigten Aufseher und Steiger ließ bisher sehr viel zu wünschen übrig. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, wenn durch sorgfältigere Auswahl und bessere Vorbildung derselben auf den neugegründeten Bergbauhöfen des Landes für die Zukunft eine erhöhte Garantie für die Sicherheit der vielen Tausende von Arbeitern in den dortigen Berg- und Hüttenbetrieben geboten wird.

Die Kohlenförderung und die Vergleute in Ohio und Illinois. Nach dem Bericht der staatlichen Bergwerksinspektion wurden im Jahre 1897 im Staate Ohio 12 488 822 Tonnen Kohlen gefördert, 463 786 Tonnen weniger als 1896 und 1 235 070 Tonnen weniger als 1895. Während aber die Kohlenförderung von 1895 bis 1897 im ganzen abgenommen hat, nahm der Kohlenbruch durch Maschinen zu. Es wurden 1896 mittels Maschinen 3 368 349 Tonnen, 1897 aber 4 106 124 Tonnen gebrochen und 736 Vergleute bedienten 1897 nur die Grubenmaschinen, während 5001 Arbeiter mit dem Sammeln und Verladen der mit den Maschinen geloderten Kohlen beschäftigt waren. 1897 wurden in Ohio im ganzen 1126 Kohlengruben bearbeitet gegen 1093 in 1896. Im Durchschnitt wurden 150 Tage in den Gruben gearbeitet. Die Zahl der überhaupt vorhandenen Kohlengruben belief sich 1897 auf 1223, von denen 414 mehr als 10 Arbeiter beschäftigten. In 53 Gruben wurden die Kohlen mit Maschinen gebrochen. Von dazu benutzten 233 Maschinen wurden 166 durch Electricität und 67 durch Preßluft getrieben. Zum Herausheben der Kohle aus den Gruben wurden 1897 11 elektrische Motoren benutzt gegen 4 im Jahre 1896. Im ganzen beschäftigten die Kohlengruben 1897 28 755 Personen gegen 28 446 in 1896, 28 998 in 1895 und 31 493 in 1894. Darunter waren eigentliche Vergleute 1897: 22 131, 1896: 22 145. Mit der Wiede wurden 1896 9 544 259 Tonnen, 1897 nur noch 8 342 698 Tonnen gefördert; damit waren 1896 17 220 Vergleute, 1896 nur noch 16 398 beschäftigt.

Der durchschnittliche Jahresverdienst eines mit der Wiede arbeitenden Bergmanns belief sich 1896 auf 221,55 Dollar, 1897 auf 192 Dollar, also im Monat auf 16 Dollar (a 4,20 M.) durchschnittlich. Der Monatsverdienst eines gewöhnlichen Lagerarbeiters belief sich 1897 auf nur 14,12 Dollar. Explosionen von Gruben gasen kamen 5 vor.

Die starke Nachfrage nach Kohlen begünstigte die Besserung der Verkaufspreise, aber die Grubenbesitzer wollten sich trotzdem nicht zu einer Besserung der Löhne verstehen; infolge dessen fanden 1897 große Arbeitsstörungen unter den Bergarbeitern Ohios statt, von denen manche das ganze Jahr hindurch dauerten und zu blutigen Zusammenstößen mit Arbeitsschlichtern führten. Bei diesen hartnäckigen Streiks hatten die Vergleute mit ihren familienangehörigen viele Entbehrungen zu ertragen, obwohl sie die Sympathien der Bevölkerung auf ihrer Seite hatten, von der sie durch Geld und Lebensmittel unterstützt wurden. Schließlich erreichten die Vergleute im Verein mit denen in Pennsylvania und Illinois die Anerkennung der Achtstundentag, die Festsetzung des Beschäftigungspreises auf 60 Cents pro Tonne und die Einleitung eines Einigungsrates, der aus vier Grubenbesitzern und vier Bergarbeitern nebst einem von diesen gewählten Obmann besteht. Auch wurde die Zulage zahlreicher Luft- und Rosschachte zur besseren Ventilation und Sicherung der Ausfahrt durchgesetzt.

Auch im Staate Illinois ist, wie wir einem englischen Konsularbericht entnehmen, die Lage der Kohlenarbeiter nicht günstiger. Auch hier werden die Löhne pro Tonne gebrochene Kohle gezahlt und zwar für durch Maschinenarbeit gebrochene Kohle 31,37 Cents pro Tonne und für mit der Wiede gebrochene 44,09 Cents pro Tonne. Dabei wird der größte Teil der Kohle, nämlich 78,27 Proz. auch hier durch Maschinenarbeit gefördert. Die Lohnzahlung erfolgt meist zweimal im Monat, zum Teil findet sie aber wöchentlich und monatlich statt. Der englische Konsul berechnet den Verdienst des Bergarbeiters auf 1 Schilling 5 Pence bis 1 Sch. 6 P. pro Tonne; aber hiervon geben noch die Kosten des Pulvers ab, das die Arbeiter selbst bezahlen müssen. Da die Schichtzahl im Jahre nur 180 beträgt und die Verpflegungskosten für einen Arbeiter dort zu 100 Pfd. Sterl. zu veranschlagen sind, meint der Konsul, daß sich die Vergleute in Illinois auch nicht besser stellen, als ihre Kameraden in Staffordshire und Wales, aber er wird zugeben müssen, daß dafür die englischen Vergleute und ihre Kameraden auf dem europäischen Kontinent mehr als 150-180 Schichten im Jahre machen müssen.

Versammlungen.

Ueber die Lohnbewegung der Bauarbeiter berichtete Road in einer öffentlichen Versammlung, die am Mittwoch im Cohns Saal stattfand: Auf allen Pauten, wo die Kollegen ihre Forderungen gestellt haben, seien dieselben bewilligt worden. Wenn auch einzelne Unternehmer sich anfangs weigerten, die Forderungen anzuerkennen, so hätten dieselben doch nachgegeben, sobald sie sahen, daß es den Arbeitern mit der eventuellen Ermäßigung ihrer Forderungen ernst war. Arbeitsbedingungen hätten unter diesen Umständen, abgesehen von solchen, die nur einige Stunden dauerten, nicht stattgefunden. Nur auf dem Bau der Firma Geld u. Franke, wo die Forderungen nicht bewilligt wurden, sei die Arbeit niedergelegt worden. Einzelne Kolonnenführer hätten sich unter Berufung auf ihre mit den Unternehmern abgeschlossenen Verträge der Bewegung nicht angeschlossen. In der Diskussion wurde betont, daß man aus dem Erfolge der Lohnbewegung, welcher nur der eigenen Kraft der Bauarbeiter zu danken sei, den Schluß zu ziehen habe, daß allein ein einigtes und geschlossenes Zusammengehen der Kollegen die Interessen derselben zu wahren im Stande sei. Hierauf wurde ein von Veredder eingebrachter Antrag, das Sammelwesen zum Streikfonds betreffend, zur Beratung gestellt und nach längerer Debatte angenommen. Der Antrag belag, daß von jetzt an jeder ein Recht auf Streikunterstützung hat, der sich 16 Wochen an den Sammlungen beteiligt hat, wobei die Zeit von Krankheit und Ar-

beitslosigkeit mitzurechnen ist. In besonderen Fällen soll die Kommission jedoch das Recht haben, von der 16wöchentlichen Karenzzeit abzusehen. Damit ist ein die Sammlungen betreffender Beschluß vom 3. August aufgehoben.

Ueber die Lohnbewegung der Kuttischer und Expeditionsarbeiter wurde am Mittwochabend wieder verhandelt in einer Versammlung in Kellers Festsaal, die von etwa 1500 Personen besucht war. Die Mitglieder der Lohnkommission der Kuttischer Sedle und Büchel erstatteten nacheinander Bericht über die gemeinsamen Verhandlungen der Lohnkommission mit der Kommission der Unternehmer. Wie schon in der letzten Versammlung am vergangenen Sonntag mitgeteilt wurde, haben die Unternehmer es in schlauer Weise verstanden, einen Teil der Kuttischer durch Androhung der Entlassung einzuschüchtern, um nur einzelne geringe Forderungen derselben zu erfüllen. Da die Lohnkommission bedauerlicherweise auf ein einheitliches Vorgehen der Kuttischer nicht rechnen konnte, um durch eine allgemeine Arbeits Einstellung die Erfüllung sämtlicher Forderungen zu erzielen, sahen sich die Mitglieder veranlaßt, die teilweise gemachten Zugeständnisse anzunehmen. Die Unternehmer machten zunächst geltend, daß es nicht möglich sei, einheitliche Löhne zu zahlen, obgleich einen allgemeinen Lohnsatz einzuführen wegen der allzu großen Verschiedenheit der Arbeiten selbst, daher müsse an dem Staffeltarif festgehalten werden. Dagegen verpflichteten sich die Expediteure des Unternehmer-Ringes, niemand unter 18 Mark Wochenlohn zu beschäftigen. Jeder bereits angestellte Kuttischer erhält, gleichviel wie hoch sein Verdienst, 1,50 Mark pro Woche Zulage; die Expeditionsarbeiter 3 M. Während der minder flotten Geschäftszeit ist niemand verpflichtet, abends nach 7 Uhr, in der günstigen und flotten Geschäftszeit nach 8 Uhr abends zu laden und zu fahren, andernfalls sind 50 Pf. als besondere Vergütung zu zahlen. Bezüglich der Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit verpflichteten sich die Expediteure des Unternehmer-Ringes, mit der Berliner Kaufmannschaft bzw. Geschäftswelt Verhandlungen einzuleiten, daß in der Zeit nach 8 Uhr abends keine Güter mehr von einem Geschäft abgeholt werden sollen. Auch das Verladen an Sonntagen soll in Zukunft nicht mehr stattfinden. Die Stallwagen zu übernehmen soll nicht mehr zur Pflicht gemacht, sondern nur gegen Bezahlung eines entsprechenden Stunden- oder Tagelohnes geleistet werden. Die ungleiche Verteilung der Tonten soll aufhören. Eine noch zu wählende Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl, soll in Zukunft gegenseitige Besprechungen entgegen nehmen und kontrollieren, um bestehende Missethände zu bestrafen.

Da sich die Unternehmer entschieden weigerten, höhere Forderungen zu bewilligen, wurden diese Zugeständnisse als gegenseitige Vereinbarung protokolllarisch festgelegt, um nach der gegenseitigen Zustimmung der Versammlungen der Unternehmer und Kuttischer sowie der Expeditionsarbeiter als Grundlage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu dienen.

Unter den Versammelten machte sich während der Berichtserstattung und der darauf folgenden sehr lebhaften Besprechung vielfeltiger Unruhe bemerkbar, und die Aufforderungen einzelner Redner, mit sofortiger Arbeits Einstellung zu antworten, wurden stets mit lebhaftem Beifall begrüßt. Schumann und Hoffmann vermochten es aber, durch ihre besonnenen Ausführungen von einem derartigen Vorgehen abzuraten. Man möge sich unter den obwaltenden Verhältnissen mit dem Erlangten vorläufig zufrieden geben, die Lohnbewegung, einmal entsandt, auch fernerhin lebendig erhalten, um das Verkaufte im nächsten Jahre nachholen zu können. Zunächst müssen die bei den Ringführern beschäftigten Kuttischer und Arbeiter auf Erfüllung der Forderungen dringen und nur bei Verweigerung derselben den Betrieb sofort einstellen. Die Streikenden und Ausständigen müssen es aber für ihre Pflicht betrachten, überall da, wo infolge der Ablehnung der Forderungen keine Beschäftigung anzunehmen, weil die dem Unternehmer-Ring nicht angehörenden Unternehmer sich gegenseitig unterbieten.

Nach längerer Besprechung erklärte sich die Versammlung mit dem Verhalten der Lohnkommission und den vorläufig erlangten Bedingungen durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution einverstanden: „In allen Betrieben, deren Inhaber sich weigern, diese Vereinbarungen anzuerkennen, bezw. Lohnausbesserungen zc. zu zahlen, erfolgt unverzüglich Donnerstags, 31. August, die Arbeits Einstellung.“

Nach der Mitteilung, daß am Sonntag, 3. September, abends eine Versammlung stattfindet, wurden die Verhandlungen mit einem begeisterten Hoo auf die allgemeine Arbeiterbewegung um 1 1/2 Uhr nachts geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gesellschaften Berlins tagte am 28. d. M. im Luisenstädtischen Konzerthaus, in der Herr Koser namens der gemeinsamen Kommission Bericht über die Stellung der Innung zum Keunmühr-Ladenschluß gab. Nachdem er einleitend über die Veranlassung der Forderung gesprochen hatte, verlas er den am 12. Juni an die Innung zu Händen des Herrn Wollschläger gerichteten Brief, der die kurz vorher in einer öffentlichen Versammlung proklamirte Forderung enthielt. Dieser Brief fand in der Quartalsversammlung der Innung geteilte Aufnahme. Ein Herr Linzener, Prenzlauerstraße, erging sich in folgender Redewendung: „Es würde für die Innung beschämend sein, einer Forderung zuzustimmen, die von einer Versammlung aufgestellt wurde, in der man es wagt, über die Buchthausvorlage zu sprechen.“ Er schlug vor, überhaupt nicht zu antworten. Die Mehrheit war jedoch für die Verantwortung des Briefes. Der Vorstand entledigte sich dieser Aufgabe dadurch, daß er an die Organisation eine Karte richtete, in der mitgeteilt wurde, Herr Koser sei genügend informiert, im übrigen seien die Karlsrüber Beschlüsse maßgebend. Da nichts beschlossen wurde, Herr Koser also nicht informiert sein kann, die Karlsrüber Beschlüsse für die rein lokale Frage auch nicht anwendbar sind, so ist diese Antwort gleich Null. Redner kommt zu dem Schluß, daß man sich besser organisieren müsse und dann mit Hilfe der Gewerkschaften einen Druck ausübe. In der Diskussion sprachen die Kollegen Geld, Bernke und Simon für den Keunmühr-Schluß und forderten vor allem von den Kollegen den Beitritt zur Organisation. Am Schluß verlas Kollege Wartsch folgende Resolution des Zweigvereins:

„Die Gewerkschaft der organisierten Barbier- und Friseurgehilfen Berlins erklärt es für wünschenswert, daß der in der Gewerbenovelle vorgesehene Schluß-Ladenschluß auch im Barbiergewerbe eingeführt wird. Da dies von der Regierung vorläufig nicht zu erwarten ist, so beauftragt der Zweigverein Berlin die Agitationskommission, die Angelegenheit des Keunmühr-Ladenschlusses energisch in die Hand zu nehmen und an die Prinzipale folgende Forderung zu stellen: Schluß der Arbeitszeit für Gehilfen und Lehrlinge an Wochentagen (außer Sonnabends) 9 Uhr. — Bewilligen die Prinzipale diese Forderung nicht, so ist mit allen erlaubten Mitteln für die aufgestellte Forderung einzutreten. Für alle Fälle ist ein Streikfonds zu gründen, zu dem pro Woche und Mitglied 10 Pf. zu zahlen sind.“

Die am 28. August im Luisenstädtischen Konzerthaus tagende öffentliche Versammlung der Barbier- und Friseurgehilfen erklärt sich mit der im Zweigverein Berlin des Verbandes angenommenen Resolution einverstanden und erkennt an, daß es Pflicht jedes Kollegen ist, die Organisation durch seinen Beitritt zu stärken, da dies das einzige Mittel zur Erreichung obiger Forderungen ist. Diese Resolution wurde angenommen. Mitgeteilt wurde noch, daß sich das Verkehrslokal und der Arbeitsnachweis des Verbandes Köpenickerstr. 57 befindet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 1. September
Opernhaus. Der Maurer. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Iphigenie auf Tauris. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Rudermann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
König. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Faust (Erster Teil). Anf. 7 Uhr.
Neues. Kivoto. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Schlafwagen. Central. Vorher: Zum Einfließen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weihen. Der Risado. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Der Heiratsmarkt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Germinale oder: Der Streik der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.
Oftend. Die Kubanerin. Anfang 8 Uhr.
Kullen. Bunte Kreuze. Vorher: All Hell! Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Selle-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Holle. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr. Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Ensemble-Gesellschaft (Fr. Milly Krauß vom Igl. Schauspielhaus, Herr Otto Pahlau vom Schiller-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste.)
Der Heiratsmarkt.
Schwan in 3 Akten v. G. Monfonski. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Oftend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132. Nur noch kurze Zeit.
Die Kubanerin.
Anfang 8 Uhr.
Vorgangsbild hat die Günstigkeit. In Vorbereitung: Um tausend Mark. Volksstück von Buchholz und Bösch.
Im Garten: Beneiz für das Dauspersonal. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Zum 27. Male: **Germinale oder: Der Streik der Bergarbeiter.**
Sensationsstück in 6 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. Emile Zola. Sonntag nachmittag 4 Uhr bei seinen Vätern: Die Königstochter als Bettlerin oder: Die Schule des Lebens.
Im Friedrich-Wilhelmst. Konzertpark: **Georgette mit ihren drei Liebhabern.** Pariser Burleske-Pantomime. Das Kästlein des 19. Jahrhunderts: Huberto Vincento. — Witz Darnert, Salon-Künstlerin, hat u. a. ein Piano mit dem Pianoforte.
Außerdem 20 Spezialitäten. Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Freitag, den 1. September 1899:
Jane Piery.
Alicé Bonheur.
12 sensationelle Debüt.
Um 8 1/2 Uhr:
Berlin lacht!
3 große Ballets. Ende 11 Uhr.
Das Rauschen ist in allen Klammern des Theaters gestiegen.

Victoria-Theater
C. Alexanderstr. 40. Fernr. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmrich.
Eröffnungsvorstellung am 9. Septemb. Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 1. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität! Die weiße Henne. Novität! (La poule blanche).
Baudes in 3 Akten von G. Monfonski und Max Deutsch v. Bolten-Bäcker. Musik v. H. Rager. In Paris mit sensationellen Erfolge über 100 Mal gegeben.

Prater-Theater
Kohanienviertel 7/9.
Täglich: **In Freud und Leid.**
Volksstück mit Gesang und Tanz von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten. Kostümkomponierte Frau. Lucie Sarow. Gebr. Milano, Orat. Duett. Tausend Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrenns, humoristisches Bilderbuch. Little Parkins und Miss Lizzie. Musical. Excursions. Vendario-Trio. Exercitien am Hand-Tanz.
Konzert und Ball.
Eintritt Sonntag und wochentags 30 Pf., nun 50 Pf. Kabo.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum
Öffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Hippels Stettiner Sänger.

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen lebenden Photographien!
in Lebensgrösse.
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzischen Kostümen.
Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Prachtjäde
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Sätze zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wexel).
Pietro. Britton. Sieidl. Krone. Kirschmayer. Schneider und Schrader).
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
Rum. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orchester-Loge 1,50 M. Fremdenloge 2 M.
Jeden Freitag: Neues Programm. Loge 11-1.

Palast-Theater
Feen-Palast, Burgstraße 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Sonntag, 2. September:
Eröffnung
der durchweg wunderbar renovierten **Rieser-Brachtäume.**
Neu! Zum 1. Male: Neu!
Sprez-Loffchen!
Große Original-Kuchentanz. Post-Grosses (72780)
Spezialitäten-Programm.
Vom Besten das Beste!
Nach der Bestellung: **Tanz.**
Besucher der Vorstellung:
Frei-Tanz.
Billet-Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater
Variété 1. Rang
Dresdenerstr. 52-53. Annonstr. 42-43.
Die Eröffnung der Winter-Saison findet am Sonntag, den 2. September cr. mit einem ausserordentlichen Spezialitäten und Kunstkräften bestehendem reichhaltigen und überraschenden Programm statt. Anfang 8 Uhr.
Die Direktion:
Richard Winkler.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Hübendorfer Straße 71, am Kükener Platz.
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 20 Pf. Abend: Montag 8 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 10 Pf. Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Ein lustiger Streich.
Poffe mit Gesang in 1 Akt von Branne. Neu!
Berliner Leben.
Burlade mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerde. Musik von Schmidt. Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabend:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Sarcenlauf) 30 u. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf. Donnerstag und Sonntag nach der Sotree: **Tanz-Kränzchen.**

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Freitag, den 1. September 1899:
Grosse Eröffnungs-Vorstellung: Der Herzverführer.
Operette v. Strobidt Glt. **Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr. Preise gewöhnlich.

Apollo-Theater.
Eröffnung der Winter-Saison!
Zum erstenmale in Berlin!
Mlle. Paulette Darty.
Bermer: **Yumata Tiero.**
The Blossoms.
Prolongiert **Otto Reutter.** Prolongiert.
Um 9 Uhr:
Frau Luna.
Ausstattung-Operette in 1 Akt von Hosten-Baeckers. Musik v. Paul Lincke.
Das siegende Luftballet:
Grigolatis.
Klown Hibbob, Henry Kaiser, Jongleur
etc. etc. etc.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim Künstlerdank. Unter den Linden 69.

Rad-Rennbahn Kurfürstendamm
* **Entscheidung**
Grosser **Preis von Deutschland**
Sonntag, den 3. September.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Billetvorverkauf nur im Bureau der Rad-Rennbahn.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Kritische Zeitung: Paul Milby.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Nur erschöpfte Kräfte.
Georg Fischer (Vedersänger), Ernst Kühns (Charakter-Komiker), Fritz Verra (Kohlen-Soubrette), Charles Gilton (Soubrette), The Original Bocors (Musikalischer Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Kaffeebuden, Les Fignos (Instrumentalisten).
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Rummelplatz 49 Pf. Rummelplatz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Puffalen: **Großer Ball.**
Die Kaffeebude ist geöffnet. **Max Kliem.**

Victoria-Brauerei
Lützowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverf. 40 Pf. Familienbillet 3 = 1 M.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

W. Noacks Festsäle,
Brunnenstr. 16.
Empfehle meine neu renovierten Säle Bällen und Gesellschaften unter constantesten Bedingungen.
Auch sind noch einige **Sonntagsabende** frei. 2073b
A. Gebhardt Charlottenburg
106, Berlinerstrasse 106.
Uhren
Gold- und Silber-Waren
Reparatur-Verkauf.
Nirgends besser! Nirgends billiger!

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Akten von E. Goethe.
Sonntags abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72-73.
Telephon: Amt IVa No. 6440.
Eröffnungs-Vorstellung am 9. September.
Novität! **Der Novität! Blakmajor.**
Gesangspoffe in 3 Akten von Jean Ren und Alfred Schönfeld. Musik von Gustav Wanda.
Hauptrollen: Emil Thomas, Guido Thiescher, Fritz Holmendorf, Hans Junkermann, Gerda Walde, Margarethe Arasop.
Neue Ausstattung.
Vor der Vorstellung:
Konzert der Theater-Kapelle im Tunnel.
Billet-Bestellungen im Theaterbüro.

Jedes Wort: **5 Pfennig.**
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in dem Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion (Muthstr. 3 bis 4 Uhr) angenommen.

Verkäufe.
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, wegen Wegzugs spottbillig Waldemarstr. 68, I. (Intr.). 99K*
Wirtschaft, Ruhbaum, spottbillig, auch einzeln Gartenstraße 32A, I. (Intr.).
Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig, Pfandleiche, Rembrandtstr. 6. 99/19*
Tepiche, Vorhänge, Tischdecken, spottbillig, Pfandleiche, Rembrandtstr. 6. 99/19*
Reparaturarbeiten, Regulatoren, Copiergeräte spottbillig, Pfandleiche, Rembrandtstr. 6. 99/19*
Kühlschränke sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Bestellung, vollständige Wandarbeit, Vorgangsstraße 16.
Schönheitspreis fortgeschritten zum Jubiläumspreis veräußert, Weidenweg 78, Ecke Albrechtstr. 744
Tischlerarbeit verkauft, Waldemarstr. 68, I. (Intr.). 2310b
Gangbares Milch- und Borsteinfleisch ungeschälter billig verkauft, Schleierstraße 17. 2314b
Gebrauchte Möbel, laute, laute, Antikmalerstraße 20. 2300b
Panzel- und Lichteisen, Wandstühle, großer Schreibrüst, Schreibrüst, Antikmalerstraße 20. Boden.
Materialwaren-Geschäft, kleines, mit Regalitäten, Niederlage, Miete 9b Thaler (bring die Software) verkauft, Waldemarstr. 88. 7*
Buchdrucker! Sehr schöne Beteiligung an kleiner rentablen Druckerei. Wirtschafungen Expedition „Bismarck“ Q. 3. 2310b
Käse und Meerschweinchen verkauft, Schumann, Adlershof, Gadenbergstraße 6. 2305b

Steybdecken-Fabrik Große Brandfurtstraße 9. 744
Zamenrad, Herrenrad, Her hochlegant, beste Marke, 95,-, Madam, Wallmerstraße 58. 75/20
Halbesunder und Zamenrad, Model 99, hochpreisig, erstklassiges, deutsches Fabrikat, Familienverhältnisse halber sofort für den halben Wert. Garantie noch 11 Monate. Ursonnstraße 6, Hochparterre rechts. 110/4
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Neuer Abendkurs, 6. September. Keine Vorkenntnisse. Fortschrittliche Lehrmethode. Gleitende Resultate. Besondere Stellennachweis. Bedeutende Zulage für alle Branchen, namentlich Metallgewerbe. Anmeldung persönlich, auch Sonntagvormittags. Jachan, Alte Jakobstraße 24. 2295b
Elektro, Bringenstraße 55. Neuer Abendkurs, 5. September. Geheime praktische und theoretische Ausbildung für Elektromonteur, Installateur, alle Metallgewerbe, Kaufleute. Keine Vorkenntnisse. Diplomzeugnis. Stellungsnachweis. Lehrplan gratis. Anmeldung täglich, auch Sonntagvormittags. 1199*
Elektrotechnik. Neuer Abendkurs, Jachan, Alte Jakobstraße 24.
Stenographie. Der Arbeiter-Stenographen-Verein „Stelze“ eröffnet neue Unterrichtskurse nach dem System „Stolze & Sören“: Montag, 4. September. Krause, Wälderstraße 7a; Dienstag, 5. September. Gruppe, Annenstraße 16; Donnerstag, 7. September. Jahn, Gräberstraße 82, und Arbeiter-Clubhaus, Brühlstraße 9. Beginn 8 1/2 Uhr abends. Honorar incl. Lehrbuch 4 Mark. Erste Stunde unentgeltlich.

Erste Tendre, jedoch nur Benossen. können Montagabends von 9-11 mitbringen. Erste Sängervereinigung „Hedel“, Wälderstraße 58. 740*
Dem geehrten Publikum, Freunden und Bekannten empfehle ich mein Weib- und Baurisch-Bier-Vokal, sowie Vereinzimmer mit Piano. (Gebäude des Central-Verbandes der Dager, Hochachtungsvoll August Biederlein, Adalbertstraße 61. 111k
Jahresärztliche Klinik, Invalidenstr. 107, partiere. 10-12, 3-8. Klinikpreise. 113
Elektra, Bringenstraße 55. Neues Praktikum für Elektrotechnik. Aufnahme jederzeit.
Elektrotechnik. Neue Abendkurse zur Ausbildung von Röntgenr., Wertmeister u. beginnen Mittwoch, den 6. und Freitag, den 16. September. Dauer 4 Monate a 5 Mark (Vorverf. 8 Mark). Besondere Prüfung. Koncurrenzdiplom. Prospekt gratis. Hochschule für Elektrotechnik und Maschinenbau. Bringenstraße 54. G. Rathke, Ing.-Dozent. 99/20*
Kaufvermittlung. real, Sofa 5,-, Matrasse 4,-, Kissenstr. 24. Wraemer. 2310b
Heilfalschen, Klagen, Eingaben, Dager, Steglitzerstraße 66. 120K*

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Tüchtige Geldschrankmacher sucht gegen hohen Verdienst sich. Kollmerhaus, Welt-Franzfabrik, Pagen 1. W.
Tüchtiger Graveurgeselle, selbstständiger Arbeiter, der einer Werkstatt voll und ganz vorziehen kann, im Stempelsteuern und Schablonensache tüchtig, findet dauernde Stellung. Einweisung von Abweiden erwünscht an H. Schlagel, Breslau, Ringstraße 96. 2254b
Schmiedelehring verlangt Göttingerstraße 40. 2317b
Zahntechnik-Gelehring verlangt Hohenstraße 190. 2301b
Tüchtige Sattler auf Hand- und Holzstoffe gesucht von J. Strubel, Rele-Geschäftsabrit, Pöhl, Pöhl.
Vader (mit Carl Hufsch, Brangelstraße 4, Goldschmiedfabrik. 1282*
Saubere verlangt Wald, Nieper, Reiter Markt 3, Papierhandlung.
Christlicher verlangt Thom, Alexanderstraße 108. 2307b
Lehrmädchen verlangt (sogar Adams) Puffenerie, Landsbergerstraße 84. 2312b
Schürzenmädchen finden (sogar) dauernde Beschäftigung kurzer, Blumenstraße 21a. 2301b
Gebilde Belegerinnen verlangt Deutsch u. Ladmann. 2305b
Mädchen, welche das Verhebellegen erlernen wollen, verlangt Goldschmiedfabrik Deutsch u. Ladmann. 2304b
Anleger verlangt Heilgenfeld, Beuthstraße 19. 2302b
Wassers auf Wollstoffe und mottierte Käber Wälderstraße 8 II. 770

Maschinen-Räderinnen verlangt Scholz, Wälderstraße 75, III.
Tüchtige Mädchenberlin auf Unter- und Heimleider verlangt (sogar) Haube, Kappelerstraße 68 IV. 171
Wassers, Krummertragen, gute Preise, möglichst im Hause, verlangt Zolander, Graunstraße 16. 747*
Gebilde Kartonschneiderinnen finden (sogar) dauernde, lohnende Beschäftigung. Kartonschneiderei, Wälderstraße 50.
Kartonschneiderinnen in und außer dem Hause gesucht Kommandantenstraße 15. 2255b
Kartonschneiderinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung bei Heintzel, Kohanienviertel 79. 2286b
Alleinstehende Frau gesucht zur Verwaltung eines Hauses auf dem Lande. Schmidt, Grotzstraße 18.
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen folgen 10 Pf. pro Zeile.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Wenzel, Frankstr. 30, G. L. Vogel Wwe., Kappelerstr. 83. Ghr. Schulz, Wälderstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Baumstr. 42.
Norden:
W. Gahmann, Wälderstr. 65. Karl Marx, Kohanienviertel 95/96. Emil Stolzenberg, Wälderstr. 14. L. Tschand, Wälderstr. 24. H. Vogel, Baumstr. 32. H. Tieg, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Aders, Salzgrabenstr. 8.
Südwesten:
H. Chnefange, Bergmannstr. 23, G. II. G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Hans Boake, Dresdenerstr. 52/53. H. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Fritz Thiel, Stalgerstr. 35. W. Geise, Wälderstr. 58. Martin Weidha, Adalbertstr. 24.
Centrum:
P. Gorich, Wälderstr. 27.
Charlottenburg:
Gust. Schärberg, Schillerstr. 94 I. H. Tieg, Kaiser Friedrichstr. 37 b.
Friedmann:
G. Bernier, Kirchstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Ropp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
Kammerl, Kaiser Friedrichstr. 15.
Hixdorf:
G. Ostermann, Gräferstr. 6. G. Reheran, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Willy Bäumer, Wälderstr. 13.
Weissensee:
Georg Bachmann, Leberstr. 1. Julius Schiller, Königshausen 39a. Rob. Liebichwager, Gassen-Adolfstr. 16.